

	Einwendungsthema/Sachargument	Gegenäußerung
	1. Formale Fragen	
1.	fehlende Erkennbarkeit der Änderungen.	Bei dem hiesigen – und in der Praxis gängigen – Deckblattverfahren werden die Änderungen nicht in die Unterlagen eingearbeitet, sondern auf gesonderten Blättern dargestellt, die die ursprünglichen Planunterlagen (teilweise) ersetzen oder nur die Änderungen festhalten. Bezüglich der Darstellung der vorgenommenen Änderungen macht das Gesetz keine Vorgaben. Im Ergebnis muss gewährleistet sein, dass die Änderungen als solche deutlich erkennbar und nachvollziehbar sind, was hier der Fall ist. Im Inhaltsverzeichnis (Planunterlage 00_Inhaltsverzeichnis DB_I Gesamt) ist dargestellt, welche Unterlagen aktualisiert bzw. ergänzt und welche neu in das Verfahren eingeführt wurden.
2.	Erfordernis einer erneuten Auslegung und eines Erörterungstermins.	Aus den Erwiderungen ergibt sich, dass eine erneute Auslegung bzw. ein erneuter Erörterungstermin nicht erforderlich ist.
	2. Verfahrensrecht	
3.	unvollständige oder unverständliche Unterlagen insbesondere zu Kohärenzmaßnahmen (speziell hinsichtlich Fachbeitrag WRRL)	Im Übrigen ist es ausreichend, dass die ausgelegten Unterlagen den Betroffenen ermöglichen, als Laie den Grad der eigenen Beeinträchtigung abschätzen und sich das Interesse, Einwendungen zu erheben, bewusst machen zu können (BVerwG, Urt. v. 28.4.2016 – 9 A 9.15, BVerwGE 155, 91 (Rn. 19)). Dem wurde genügt. Dies trifft auch auf den Fachbeitrag WRRL zu.
4.	Fehlende Unterlagen, u.a. hydraulische Nachweise, Lagepläne, Schnittzeichnungen, Profile und Betrachtung der Maßnahmen unter Berücksichtigung der WRRL	Die Aussage ist für die Vorhabenträgerin nicht nachvollziehbar. Mit der Neuauslegung wurde eine umfassende Anpassung der wassertechnischen Unterlagen an das aktualisierte bzw. geltende Regelwerk vorgenommen. Insbesondere wurden die vorgeschlagenen technischen Lösungen gem. REwS (ersetzt die RAS Ew) mit den aktuell vorliegenden Niederschlagswerten (KOSTRA-DWD-2020 ersetzt KOSTRA DWD 2010R) neu bewertet und ggf. angepasst. Die seit 2014 neu erschienen Regelwerke (RiStWag (2016) und DWD-A 178 (2019)) werden vollumfänglich berücksichtigt. Die Unterlagen wurden nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik erstellt. Die hydraulischen Nachweise einschließlich schematischer Darstellung der betroffenen Gräben liegen mit Unterlage 18.2.7 vor.
5.	Erneute Beteiligung mit vollständigen und prüffähigen Unterlagen wird erwartet; falls nicht, Nebenbestimmungen und Hinweise aus Stellungnahme zu beachten (siehe Anlage 2 in Dokument)	Gemäß § 22 Abs. 2 Satz 1 UVPG bedarf es einer erneuten Beteiligung nur, wenn zusätzliche erhebliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen in Folge der Änderung zu besorgen sind. Maßgeblich dafür ist, ob bereits von den bisherigen Unterlagen eine entsprechende Anstoßwirkung ausging, also die Unterlagen es den (potentiell) Betroffenen und den anerkannten Vereinigungen ermöglichte, zu erkennen, ob und in welchem Umfang ihre Belange oder ihre satzungsgemäßen Interessen von den Umweltauswirkungen betroffen werden können (vgl. BVerwG, Urt. v. 9.2.2017 – 7 A 2.15, BVerwGE 158, 1 (Rn. 28)). Die geforderten Unterlagen betreffen lediglich Details bereits aus den bisherigen Unterlagen ersichtlicher Umweltauswirkungen. Eine erneute Beteiligung ist daher nicht vonnöten.
	3. Planrechtfertigung	
6.	Die Planrechtfertigung könne nicht nur formal aus dem Bundesverkehrswegeplan abgeleitet werden, der im Übrigen erheblichen Bedenken begegnet.	Der Einwand bezieht sich nicht auf die Planänderung. An dieser Stelle sei gleichwohl nochmals auf Folgendes hingewiesen: Die Planrechtfertigung folgt bereits aus der gesetzlichen Bedarfsfeststellung, die für die Planfeststellung verbindlich ist und im Grundsatz die Nachprüfung ausschließt, ob für die geplante Autobahn ein Verkehrsbedarf vorhanden ist (BVerwG, Urt. v. 2.7.2020 – 9 A 19.19, BVerwGE 169, 94 (Rn. 59) m.w.N.). Der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen ist eingebettet in die gesamtstaatliche Bundesverkehrswegeplanung und stellt eine verkehrspolitische Leitentscheidung auf einer der konkreten Planung weit vorgelagerten Ebene dar, die von zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Faktoren bestimmt wird. Anhaltspunkte für eine Überschreitung des weiten Gestaltungs- und Prognoseermessens des Gesetzgebers dahingehend, dass die gesetzliche Bedarfsfeststellung verfassungswidrig sein könnte, liegen nur dann vor, wenn die Bedarfsfeststellung evident unsachlich ist, weil es für die Aufnahme des Vorhabens in den Bedarfsplan im Hinblick auf die bestehende oder künftig zu erwartende Verkehrsbelastung oder auf die verkehrliche Erschließung eines zu entwickelnden Raums an jeglicher Notwendigkeit fehlt, oder wenn sich die Verhältnisse seit der Bedarfsentscheidung des Gesetzgebers so grundlegend gewandelt haben, dass das angestrebte Planungsziel unter keinen Umständen auch nur annähernd erreicht werden kann (BVerwG, Urt. v. 4.5.2022 – 9 A 7.21, BVerwGE 175, 312 (Rn. 17) m.w.N.). Letzteres ist vorliegend nicht der Fall. Mit dem Lückenschluss der A 33 zwischen Halle und Borgholzhausen hat das Verkehrsaufkommen auf der A 30 und der A 1 im Raum Osnabrück deutlich zugenommen. Um die bestehenden Autobahnabschnitte von dieser zusätzlichen Belastung zu entlasten, ist der Lückenschluss zwischen der A 1 und der Ortsumgehung Belm als ergänzender Netzbaustein dringend erforderlich. Verkehrsprognosen zeigten, dass die bereits stark frequentierten Streckenabschnitte der A 30 und A 1 im Raum Osnabrück in den kommenden Jahren weiter an Belastung zunehmen werden. Eine nachhaltige Entlastung ist notwendig, um ein leistungsfähiges und sicheres Verkehrsnetz gewährleisten zu können. Darüber hinaus besteht im derzeit peripher angebundenen (nord-)östlichen Raum Osnabrücks ein erheblicher Verbesserungsbedarf hinsichtlich Verkehrsinfrastruktur und Erreichbarkeit. Ein Ausbau der Straßenverbindungen trägt maßgeblich zur Anbindung und Entwicklung dieses Raumes bei. Zusätzlich würde sich durch die verbesserte Verbindung auch die Erreichbarkeit der Seehäfen Bremen/Bremerhaven und JadeWeserPort Wilhelmshaven spürbar verbessern – ein wichtiger Aspekt für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Region. Nicht zuletzt würde eine Verlagerung des Verkehrs von einbahnig, zweistreifigen Landstraßen mit plangleichen Knotenpunkten und Ortsdurchfahrten (z.B. in Rulle, Icker, Belm) zu einer deutlichen Steigerung der Verkehrssicherheit führen.
7.	Das Vorhaben leidet an Mängeln bei der Feststellung des Bedarfs und der Abwägung und Gewichtung eines etwaigen Bedarfs und wäre rechtswidrig. Dem Vorhaben fehlt es an der Planrechtfertigung als auch an einer ordnungsgemäßen Ermittlung und	Gemeinden können, soweit sie – wie hier – nicht als in ihrem Aufgabenbereich betroffene Behörde handeln, nur die Verletzung eigener Rechte, insbesondere ihrer Planungshoheit, rügen, nicht jedoch die Vereinbarkeit mit Rechten ihrer Gemeindemitglieder oder sonstigen Bestimmungen des objektiven Rechts, etwa solcher des Umweltschutzes, auch wenn ihr Grundeigentum in Anspruch genommen wird (vgl. BVerwG, Beschl. v. 9.10.2003 – 9 VR 6.03, juris, Rn. 4). Die Planrechtfertigung gehört nicht zu dem rügefähigen Rechtskreis von Gemeinden.

	Einwendungsthema/Sachargument	Gegenäußerung
	<p>Bewertung der für das Vorhaben sprechenden verkehrlichen Belange.</p> <p>Das aktuell geltende und auf Grundlage des BVWP 2030 vom Gesetzgeber beschlossene Ausbaugesetz für die Bundesfernstraßen ist verfassungswidrig bzw. die Bindungswirkung des § 1 Abs. 2 S. 1 FStrAG i.V.m. Anlage 1 (dazu näher unter 1.) entfällt.</p> <p>Unabhängig hiervon ist jedenfalls die gesetzliche Bedarfsfeststellung und die Aufnahme in den vordringlichen Bedarf verfassungswidrig.</p>	<p>Ungeachtet dessen ist festzuhalten, dass die Planfeststellungsbehörde schon nicht die Kompetenz hat, untergesetzliche Vorschriften aufgrund des Ergebnisses einer Überprüfung in der Annahme ihrer Unwirksamkeit unbeachtet zu lassen („Normverwerfungskompetenz“). Eine solche generelle Verwerfungskompetenz einzuräumen, hieße, die Rechtssicherheit zumindest beträchtlichen Risiken auszusetzen und den Grundsatz der Einheit der Verwaltung sowie den damit einhergehenden Anspruch auf einen trotz differenzierter Zuständigkeiten gleichmäßigen Vollzug der Gesetze in Anwendung einheitlicher Maßstäbe wenn nicht aufzugeben, so doch in der Praxis weitgehend unberücksichtigt zu lassen (vgl. OVG NRW, Urt. v. 30.6.2005 – 20 A 3988/03, juris, Rn. 60-66). Diese Argumentation gilt entsprechend für das Fernstraßenausbaugesetz.</p> <p>Die Planrechtfertigung für das Vorhaben ist im Übrigen gegeben. Sie folgt bereits aus der gesetzlichen Bedarfsfeststellung, die für die Planfeststellung verbindlich ist und im Grundsatz die Nachprüfung ausschließt, ob für die geplante Autobahn ein Verkehrsbedarf vorhanden ist (BVerwG, Urt. v. 2.7.2020 – 9 A 19.19, BVerwGE 169, 94 (Rn. 59) m.w.N.). Der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen ist eingebettet in die gesamtstaatliche Bundesverkehrswegeplanung und stellt eine verkehrspolitische Leitentscheidung auf einer der konkreten Planung weit vorgelagerten Ebene dar, die von zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Faktoren bestimmt wird.</p> <p>Anhaltspunkte für eine Überschreitung des weiten Gestaltungs- und Prognoseermessens des Gesetzgebers dahingehend, dass die gesetzliche Bedarfsfeststellung verfassungswidrig sein könnte, liegen nur dann vor, wenn die Bedarfsfeststellung evident unsachlich ist, weil es für die Aufnahme des Vorhabens in den Bedarfsplan im Hinblick auf die bestehende oder künftig zu erwartende Verkehrsbelastung oder auf die verkehrliche Erschließung eines zu entwickelnden Raums an jeglicher Notwendigkeit fehlt, oder wenn sich die Verhältnisse seit der Bedarfsentscheidung des Gesetzgebers so grundlegend gewandelt haben, dass das angestrebte Planungsziel unter keinen Umständen auch nur annähernd erreicht werden kann (BVerwG, Urt. v. 4.5.2022 – 9 A 7.21, BVerwGE 175, 312 (Rn. 17) m.w.N.). Letzteres ist vorliegend nicht der Fall.</p> <p>Mit dem Lückenschluss der A 33 zwischen Halle und Borgholzhausen hat das Verkehrsaufkommen auf der A 30 und der A 1 im Raum Osnabrück deutlich zugenommen. Um die bestehenden Autobahnabschnitte von dieser zusätzlichen Belastung zu entlasten, ist der Lückenschluss zwischen der A 1 und der Ortsumgehung Belm als ergänzender Netzbaustein dringend erforderlich. Verkehrsprognosen zeigten, dass die bereits stark frequentierten Streckenabschnitte der A 30 und A 1 im Raum Osnabrück in den kommenden Jahren weiter an Belastung zunehmen werden. Eine nachhaltige Entlastung ist notwendig, um ein leistungsfähiges und sicheres Verkehrsnetz gewährleisten zu können.</p> <p>Darüber hinaus besteht im derzeit peripher angebundenen (nord-)östlichen Raum Osnabrücks ein erheblicher Verbesserungsbedarf hinsichtlich Verkehrsinfrastruktur und Erreichbarkeit. Ein Ausbau der Straßenverbindungen trägt maßgeblich zur Anbindung und Entwicklung dieses Raumes bei. Zusätzlich würde sich durch die verbesserte Verbindung auch die Erreichbarkeit der Seehäfen Bremen/Bremerhaven und JadeWeserPort Wilhelmshaven spürbar verbessern – ein wichtiger Aspekt für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Region. Nicht zuletzt würde eine Verlagerung des Verkehrs von einbahnig, zweistreifigen Landstraßen mit plangleichen Knotenpunkten und Ortsdurchfahrten (z.B. in Rulle, Icker, Belm) zu einer deutlichen Steigerung der Verkehrssicherheit führen.</p>
8.	Dem Vorhaben fehlt es an der Planrechtfertigung.	Auch auf den Einwand der Planrechtfertigung wurde bereits im Rahmen der ersten Auslegung eingegangen.
9.	Die Nutzen-Kosten-Rechnung ist falsch, eine aktuelle detaillierte Analyse ist nicht vorgelegt worden; es muss mit weiteren Kostensteigerungen gerechnet werden.	<p>Die A 33 Nord ist im Bundesverkehrswegeplan 2030 im vordringlichen Bedarf eingestellt. Es besteht somit ein Planungsrecht sowie eine Planungspflicht. Der Bedarfsplan des Bundes legt gesetzlich den verkehrlichen Bedarf für ein bestimmtes Fernstraßenprojekt fest. Die in den Bedarfsplan aufgenommenen Vorhaben entsprechen der fachplanerischen Zielsetzung des § 1 Abs. 1 FStrG und sind erforderlich (vgl. § 1 Abs. 2 FStrAbG). Die Grundentscheidung über die Aufnahme eines Vorhabens in den Bedarfsplan trifft der Gesetzgeber aufgrund umfangreicher Untersuchungen und Analysen nach sorgfältiger Abwägung, zwischen der mit dem Vorhaben verfolgten Zielsetzung und den vom Vorhaben berührten Belangen. Hierzu zählen unter anderen die Verkehrswirksamkeit und die raumstrukturelle Wirksamkeit der Maßnahme sowie das Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV). Der Bedarfsplan wird zudem in regelmäßigen Abständen durch das BMDV überprüft und ggf. angepasst (vgl. § 4 Satz 2 FStrAbG). Eine weitergehende eigenständige Prüfung der Planrechtfertigung bedarf es daher von Rechts wegen nicht.</p> <p>Da die hiesige Baumaßnahme im derzeit gültigen Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen als „vordringlicher Bedarf“ eingestuft ist, sind die zu erwartenden Kosten im Bundeshaushalt veranschlagt und werden den Erfordernissen entsprechend zweckgebunden verwendet.</p>
10.	4. Verkehrsprognose	
11.	Verkehrsuntersuchung fehlerhaft und methodisch ungeeignet; sie kann die Erreichung des gesetzlich festgestellten Bedarfs nicht nachweisen und keine eigenständige verkehrliche Notwendigkeit für Vorhaben begründen	Dieser Einwand bezieht sich nicht auf die Planänderung. Diesbezüglich sei auf die bisherige Erwiderung verwiesen. Im Übrigen wird auf die Stellungnahme zur Planrechtfertigung verwiesen.
12.	Verkehrsuntersuchung kann Erreichen des gesetzlich festgestellten Bedarfs nicht nachweisen: kein ausreichender überregionaler Durchgangsverkehr; Entlastungsfunktion der A 33 Nord nur marginal, keine verbesserte Verkehrsqualität der Knotenpunkte etc.	<p>Höhere regionale Verkehrsanteile auf Autobahnen sind im Umfeld von Ballungsräumen nicht ungewöhnlich. Hier mischen sich die lokalen und regionalen Verkehre mit den weiträumigen. Die Verbindung A33-Süd – A30-West – A1 über das Südkreuz nutzen derzeit bzw. im Netzfall 0+ nur ein Teil der Verkehre zwischen diesen Wirtschafts- bzw. Agglomerationsräumen. Hinzu kommen zahlreiche weitere mögliche Verbindungen, die künftig von der A33 aufgenommen werden würden.</p> <p>Der Vorteil der A33 Nord im Zusammenhang mit der besseren Verbindung zwischen A44 und A1 besteht in der Verkürzung der Strecke und zusätzlich mit dem damit verbundenen Zeitgewinn sowie der Bündelung der Verkehre.</p>

	Einwendungsthema/Sachargument	Gegenäußerung
		<p>Auf der A30 und der A1 werden an den AS bessere bzw. gleichwertige VQ berechnet. Damit tritt insgesamt eine Verbesserung ein. Im Zuge der A33 Anschlussstellen bewirken die zusätzlichen Verkehrsmengen erwartungsgemäß eine geringere VQ als im Netzfall 0+. Allerdings wird auch hier mindestens die VQ „ausreichend“ erreicht.</p> <p>In allen bisherigen Verkehrsmodellen und auch in der aktuellen VUS A33 Nord wurden entgegen den immer wieder behaupteten Verkehrsmengenzunahmen durch die A33 Nord Entlastungen berechnet. Ggf. auftretende zusätzliche Belastungen werden durch die Verlagerung vom untergeordneten Netz auf die A33 Nord übertroffen und führen so zu Entlastungen.</p>
13.	Verkehrsuntersuchung kann keine eigenständige verkehrliche Notwendigkeit für Vorhaben begründen	Durch die Berechnungen soll beispielhaft aufgezeigt werden, dass der geschlossene Autobahnring eine Erhöhung der Netzresilienz bedeutet. Bei Vollsperrungen z.B. in Folge von Unfällen würden die berechneten Verlagerungen deutlich höher ausfallen.
14.	Abstufung B 68 zur Landesstraße. Nach Fertigstellung der A33 umfassende Verkehrszählung erforderlich.	Wird zur Kenntnis genommen
	5. Alternativenprüfung	
	Fehlerhafte Alternativenprüfung	Auf diesen Einwand wurde bereits im Rahmen der vorherigen Stellungnahme eingegangen.
	6. Natur und Landschaft	
	6.1 Europäischer Gebietsschutz	
15.	fehlende Aktualität der Daten, insbesondere der faunistischen Erhebungen	<p>Gemeinden können, soweit sie – wie hier – nicht als in ihrem Aufgabenbereich betroffene Behörde handeln, nur die Verletzung eigener Rechte, insbesondere ihrer Planungshoheit, rügen, nicht jedoch die Vereinbarkeit mit Rechten ihrer Gemeindemitglieder oder sonstigen Bestimmungen des objektiven Rechts, etwa solcher des Umweltschutzes, auch wenn ihr Grundeigentum in Anspruch genommen wird (vgl. BVerwG, Beschl. v. 9.10.2003 – 9 VR 6.03, juris, Rn. 4). Der Habitatschutz gehört nicht zu dem rügefähigen Rechtskreis von Gemeinden.</p> <p>Ungeachtet dessen wird darauf hingewiesen, dass sich innerhalb des FFH-Gebiets „Fledermauslebensraum Wiehengebirge bei Osnabrück“ als Ergebnis umfangreicher, mehrjähriger Untersuchungen entlang der geplanten Trasse Schwerpunkte mit erhöhter Aktivitätsdichte und Bereiche mit deutlich geringerer Aktivitätsdichte unterscheiden lassen. Eine in 2022 erfasste Verlagerung einer Flugroute wurde durch ein zusätzliches Querungsbauwerk aufgegriffen. Ansonsten haben sich die in 2010-2013 erfassten Bereiche mit hoher Aktivität durch die Untersuchung in 2022 weitgehend bestätigt.</p> <p>2022 wurden nochmals Netzfänge und Quartiertelemetrie waldbewohnender Fledermausarten durchgeführt, sodass aktuelle belastbare Daten vorliegen. Insgesamt wurden acht Individuen aus vier waldbewohnenden Fledermausarten (Bechsteinfledermaus, Wasserfledermaus, Fransenfledermaus und Braunes Langohr) besendert und telemetriert. Es konnten insgesamt vier von Wochenstuben genutzte Quartierbäume ermittelt werden. Im Trassenbereich wurden keine Quartiere nachgewiesen.</p> <p>Zudem wurden nicht nur die LRT-Flächen untersucht. Vielmehr erfolgten an drei Standorten Netzfänge mit anschließender Quartiertelemetrie aller waldbewohnenden Fledermausarten. Die Netzfangstandorte lagen in einer Entfernung von etwa 1,5 km, 3,2 km und 3,5 km zueinander. Der Aktionsraum selbst der kleinräumig jagenden Fledermausarten umfasst einen Mindest-Radius von etwa 2 km. Somit sind auch die Flächen zwischen den LRT-Flächen im Rahmen der Untersuchungen voll umfänglich abgedeckt. Die vorgesehenen „Waldschneisen“ werden das Raumnutzungsverhalten der Fledermäuse zudem weiter stabilisieren.</p> <p>Es wurde zudem keinesfalls nur das Große Mausohr erfasst, sondern sämtliche Fledermausarten. Das Große Mausohr verdient als Erhaltungsziel des FFH-Gebiets und der im Vergleich insbesondere zur Bechsteinfledermaus weitaus häufigeren Nachweise im Trassenumfeld eine besondere Bedeutung. Die Querungshilfen und Leitstrukturen weisen darüber hinaus auch für alle anderen im Gebiet vorhandenen Fledermausarten eine hohe Wirksamkeit auf.</p> <p>Was den Verlust von Nahrungsflächen betrifft, so berücksichtigt die vorgenommene Bilanz auch Entwicklungsflächen. Gut geeignete Nahrungshabitate sind nur in geringem Umfang betroffen. Die Aktivitätsdichten und damit auch Aktivitäten der Nahrungssuche werden durch die aktuellen Batcorderuntersuchungen mit abgedeckt. Im Übrigen wurden die Nahrungshabitatverluste vorsorglich als erhebliche Beeinträchtigung gewertet.</p> <p>Bedeutsame, als Wochenstubenquartier genutzte Quartierbäume der Bechsteinfledermaus sind im Übrigen nicht betroffen. Die Kernaktionsräume der im FFH-Gebiet vorhandenen Bechsteinfledermauskolonien liegen deutlich außerhalb des Trassenbereichs.</p> <p>Auf das Urteil des EuGH vom 12.09.2024 kommt es demnach nicht an. Im Übrigen hat der EuGH darin für die europäischen Vogelschutzgebiete festgehalten, dass erhaltungszielbestimmend nicht nur diejenigen Arten nach Anhang I und Art. 4 Abs. 2 VRS sind, derentwegen das betreffende Schutzgebiet ausgewählt worden ist, sondern sämtliche Vogelarten nach Anhang I und Art. 4 Abs. 2 VRL, die in dem Gebiet in erheblicher Menge vorkommen (EuGH, Urt. v. 12.9.2024 – C-66/23, ECLI:EU:C:2024:733 (Rn. 49), Elliniki Ornithologiki Etairei u.a.). Die Begründung dafür leitet der EuGH jedoch nicht aus Art. 6 Abs. 2-4 FFH-RL her, sondern er bedient sich dafür des Rückgriffs der Auslegung von Art. 6 Abs. 2 FFH-RL im Lichte des Art. 4 VRL und verweist diesbezüglich darauf, dass Art. 4 Abs. 1 und 2 VRL alle in dem jeweiligen Gebiet vorkommenden regelmäßig auftretenden Zugvogelarten und Vogelarten nach Anhang I in Bezug nimmt. Es handelt sich damit um eine spezifische Regelung der</p>

	Einwendungsthema/Sachargument	Gegenäußerung
		europäischen Vogelschutzgebiete. Eine dem Art. 4 Abs. 1 und 2 VRL vergleichbare Regelung findet sich in der FFH-Richtlinie nicht. Auch unterscheidet sich das Auswahl- und Meldeverfahren der FFH-Richtlinie erheblich von demjenigen der Vogelschutzrichtlinie. Während nach Art. 4 Abs. 4 Satz 1 VRL die Gebiete, die nach ornithologischen Kriterien für die Erhaltung der zu schützenden Vogelarten „zahlen- und flächenmäßig“ am geeignetsten sind, auszuwählen waren, erfolgt der Auswahlprozess nach Art. 4 FFH-RL in einem mehrstufigen Verfahren und unter Ausrichtung an Anhang III der FFH-Richtlinie mit seinen ausdifferenzierten Kriterien. Eine Übertragbarkeit des Urteils des EuGH vom 12.09.2024 auf FFH-Gebiete scheidet daher aus.
16.	Die pauschale Wirkzone hinsichtlich Stickstoffeinträge von 250 m und die angenommene 10 %ige Funktionsminderung durch Stickstoffeinträge sind fachlich nicht ausreichend begründet. Es bedürfe einer differenzierten, aktuellen und naturschutzfachlich fundierten Bewertung der Stickstoffbelastung unter Anwendung aktueller Leitfäden und Standards.	<p>Außerhalb der FFH-Gebiete liegen keine Depositionsberechnungen vor. Hier wurde gemäß den Empfehlungen aus NLSTBV 2011 vorsorglich eine pauschale Wirkzone von 250m angesetzt. Die Abgrenzung dieser Wirkzone in NLSTBV 2011 basiert auf Literatúrauswertungen. So konnte eine Zusammenstellung empirischer Untersuchungen nur in einem Wirkungsbereich bis maximal 240 m Entfernung vom Straßenrand einer Landstraße Wirkungen durch NOx auf Vegetation nachweisen (HICKS U. ASHMORE 2005 zit. in Ökodata Strausberg 2010). KIRCHNER et al 2006 konnten den Einfluss einer Autobahn (65.000 Kfz/Tag) auf die Waldbodenvegetation bis zu mindestens 230 m Entfernung nachweisen.</p> <p>Ein Abgleich mit den berechneten Depositionsraten im FFH-Gebiet Wiehengebirge zeigt, das mit diesem Bereich vorliegend die Depositionsraten > 0,5 kg/ha abgedeckt sind. Die Berechnung wurde ohne Geschwindigkeitsbeschränkung vorgenommen und berücksichtigt den sogenannten „Waldfall“, d.h. eine erhöhte Depositionsgeschwindigkeit in Waldgebieten, womit die Beurteilung auf der sicheren Seite liegt. Im Offenland sind geringere Werte zu erwarten.</p> <p>Die H PSE gilt nur für FFH-Gebiete. Hier muss dem Vorsorgeprinzip gemäß Gewissheit darüber bestehen, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen eintreten. Bei den geschützten Biotopen kommt es darauf an, dass eine erhebliche Beeinträchtigung hinreichend wahrscheinlich ist. Insoweit liegen hier unterschiedliche Beurteilungsmaßstäbe vor und der gewählte Ansatz gemäß NISTBV 2011 ist sachgerecht.</p>
17.	unzureichende Ermittlung der Betroffenheit von Fledermäusen	<p>Es wurden im Jahr 2022 Netzfänge und Quartiertelemetrie waldbewohnender Fledermausarten durchgeführt, sodass aktuelle belastbare Daten vorliegen. Insgesamt wurden acht Individuen aus vier waldbewohnenden Fledermausarten (Bechsteinfledermaus, Wasserfledermaus, Fransenfledermaus und Braunes Langohr) besendert und telemetriert. Es konnten insgesamt vier von Wochenstuben genutzte Quartierbäume ermittelt werden. Im Trassenbereich wurden keine Quartiere nachgewiesen. Zudem wurden nicht nur die LRT-Flächen untersucht. Vielmehr erfolgten an drei Standorten Netzfänge mit anschließender Quartiertelemetrie aller waldbewohnenden Fledermausarten. Die Netzfangstandorte lagen in einer Entfernung von etwa 1,5 km, 3,2 km und 3,5 km zueinander. Der Aktionsraum selbst der kleinräumig jagenden Fledermausarten umfasst einen Mindest-Radius von etwa 2 km. Somit sind auch die Flächen zwischen den LRT-Flächen im Rahmen der Untersuchungen voll umfänglich abgedeckt (vgl. Untersuchungsgebiet entlang der Trassen).</p> <p>Die Angaben zur Aktivitätsdichte im Trassenbereich basieren mithin auf umfassenden mehrjährigen Untersuchungen und sind alles andere als spekulativ. Die vorgesehenen „Waldschneisen“ werden das Raumnutzungsverhalten der Fledermäuse zudem weiter stabilisieren. Es wurde zudem keinesfalls nur das Große Mausohr erfasst, sondern sämtliche Fledermausarten. Das Große Mausohr verdient als Erhaltungsziel des FFH-Gebiets und der im Vergleich insbesondere zur Bechsteinfledermaus weitaus häufigeren Nachweise im Trassenumfeld eine besondere Bedeutung. Die Querungshilfen und Leitstrukturen weisen darüber hinaus auch für alle anderen im Gebiet vorhandenen Fledermausarten eine hohe Wirksamkeit auf.</p> <p>Die Fledermausuntersuchungen entlang der geplanten Autobahntrasse haben allgemein die Aktivitätsdichte der Großen Mausohren erfasst, was zu einem großen Anteil auch Flüge zur Nahrungssuche beinhaltet. Intensiv zur Nahrungssuche beflogene Bereiche im Trassenumfeld sind insoweit bei der Positionierung der Grünbrücken berücksichtigt. Für die Nahrungssuche werden grundsätzlich die Bereiche genutzt werden, welche einen entsprechenden Insektenreichtum sowie eine hinreichende Zugänglichkeit, d.h. einen hindernisfreien Flugraum aufweisen. Dies werden entsprechend strukturierte Waldbestände, aber auch die vorgesehenen Leitstrukturen sein. Diese bieten mit der Offenhaltung freier Durchflugmöglichkeiten in Bodennähe zugleich günstige Voraussetzungen für die Nahrungssuche und lassen auch so eine Attraktionswirkung erwarten. Darüber hinaus sorgt die dichte Anpflanzung mit Gehölzen entlang dieser Leitstrukturen zu einer seitlichen „Absperrung“ und entsprechender Richtungswirkung. Insgesamt ist somit zu erwarten, dass die Fledermäuse stärker in Richtung der Grünbrücken geleitet werden. Gleichwohl wurde in der Untersuchung auch berücksichtigt, dass Überflüge über der Autobahn auch abseits der Grünbrücken nicht vollständig auszuschließen sind.</p> <p>Was den Verlust von Nahrungsflächen betrifft, so berücksichtigt die vorgenommene Bilanz auch Entwicklungsflächen. Gut geeignete Nahrungshabitate sind nur in geringem Umfang betroffen. Die Aktivitätsdichten und damit auch Aktivitäten der Nahrungssuche werden durch die aktuellen Batcorderuntersuchungen mit abgedeckt. Im Übrigen wurden die Nahrungshabitatverluste vorsorglich als erhebliche Beeinträchtigung gewertet.</p> <p>Bedeutsame, als Wochenstubenquartier genutzte Quartierbäume der Bechsteinfledermaus sind im Übrigen nicht betroffen. Die Kernaktionsräume der im FFH-Gebiet vorhandenen Bechsteinfledermauskolonien liegen deutlich außerhalb des Trassenbereichs.</p>
18.	Durch das Vorhaben kommt es für ca. 10 % der im FFH-Gebiet „Fledermauslebensraum Wiehengebirge“ vorhandenen Fledermausnahrungsfläche.	Zutreffend ist, dass das FFH-Gebiet „Fledermauslebensraum Wiehengebirge“ nur einen Teil der Nahrungshabitate insbesondere der Mausohrkolonie Engter abdeckt. Wenn in Anlehnung an die erwähnte Schutzgebietsverordnung nur die gut geeigneten Nahrungshabitate berücksichtigt werden, beträgt der Verlust lediglich 0,84 ha Nahrungshabitatfläche. Die Behauptung, dass für 10 % der im FFH-Gebiet jagenden Großen Mausohren ein Lebensraumverlust eintritt, ist vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar.
19.	Die charakteristischen Arten/Erhaltungszielarten wurden unzureichend berücksichtigt, schon wegen ungenügender Datenlage.	Was die Spechtdichte angeht, so ist diese nicht das maßgebliche Kriterium für den Erhaltungszustand der hier betroffenen LRT. Der Buntspecht ist zudem nicht als charakteristische Art anzusehen, da er die am wenigsten spezialisierte, sowohl in Laub- wie Nadelwald vorkommende heimische Spechtart ist und keinen deutlichen Vorkommensschwerpunkt im Lebensraumtyp aufweist. Das aber wäre für seine Einordnung als charakteristische Art erforderlich (vgl. BVerwG, Urt. v. 6.11.2013 – 9 A 14.12, BVerwGE 148, 373 (Rn. 54)). Der Buntspecht wurde im Übrigen durchaus erfasst, nur nicht auf Basis von Einzelrevieren.

	Einwendungsthema/Sachargument	Gegenäußerung
		<p>Fernerhin liegen Daten zu charakteristischen Arten aus zwei Erfassungsperioden vor und geben daher ein gutes Gesamtbild zur Situation. Sie können auch mit Stand 2019 für die FFH-VP noch als ausreichend angesehen werden. Die Veränderungen in den Waldbereichen betreffen insbesondere die Fichtenforsten, welche in Teilbereichen aufgrund von Trockenschäden gefällt wurden. In den als Erhaltungsziel relevanten Lebensraumtypen sind kaum Veränderungen eingetreten. Die Fällung von Waldbeständen führt zudem zu einer Verschlechterung der Lebensraumbedingungen für Waldarten. Die älteren Erfassungen bieten insoweit bezogen auf die im Gebiet relevanten Waldlebensraumtypen eher ein positiveres Bild und liegen auf der sicheren Seite. Zudem sind charakteristische Arten in einem FFH-Gebiet nicht um ihrer selbst willen zu schützen, sondern nur als Bestandteil von FFH-Lebensraumtypen (NdsOVG, Urt. v. 22.4.2016 – 7 KS 27/15, juris, Rn. 95) und werden hier die (etwaigen) Beeinträchtigungen charakteristischer Arten durch andere Beeinträchtigungen, insbesondere Stickstoffdepositionen, überlagert.</p> <p>Zu den im Übrigen als vermeintlich zu Unrecht den charakteristischen Arten zugeordneten bzw. umgekehrt nicht zugeordneten Arten ist Folgendes festzuhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Nennung des Grauspechts erfolgte als Zitat der Vollzugshinweise des NLWKN zum Schutz der FFH-LRT in Niedersachsen für den LRT 1930. Gemäß der Vollzugshinweise des NLWKN zum Schutz von Brutvogelarten in Niedersachsen (Grauspecht) zählt der Landkreis Osnabrück durchaus noch zum randlichen Verbreitungsgebiet der Art. - Der Baumpieper wurde lediglich ergänzend benannt, da er im LRT nachgewiesen wurde, nicht aber als charakteristische Art berücksichtigt. - Die im Weiteren als zu berücksichtigende charakteristische Arten benannten Vogelarten wie beispielsweise Amsel, Blaumeise, Buchfink etc. treten in einer Vielzahl von Habitaten auf und sind daher nicht geeignet, die konkrete Ausprägung des hier relevanten Lebensraumtyps und dessen Erhaltungszustand zu charakterisieren. <p>Fernerhin liegen auch zu den Artengruppen Brutvögel und Totholzkäfer hinreichend aktuelle Erfassungen, die nach anerkannten fachlichen Standards von erfahrenen Kartierenden durchgeführt wurden, vor. Lediglich zu den Tagfaltern liegen nur ältere, selektive Erfassungen vor, aus welchen sich aber keinerlei Hinweise auf die genannten Arten ergeben. Wie im Weiteren auf Seite 51 der FFH VP ausgeführt, kommt den Tagfaltern für die mit dem Vorhaben verbundenen Wirkungen vorliegend aber auch keine besondere Indikatorfunktion zu. Über den unmittelbaren Eingriffsbereich hinausreichende Beeinträchtigungen könnten sich insbesondere durch Veränderungen des Mikroklimas und Anlockeffekte durch Licht ergeben. Die mikroklimatischen Veränderungen werden hinreichend über die Bilanzierung des Waldanschnitts mitberücksichtigt. Relevante Anlockeffekte durch Licht können aufgrund der Einschnittslage der Trasse, der vorgesehenen dichten Anpflanzung und der Irritationsschutzwände sowie der ohnehin geringeren Anlockwirkung bewegter Lichtquellen im Vergleich zu stationären ausgeschlossen werden. Grundsätzlich sind die Querungsbauwerke zudem auch für wirbellose Arten geeignet, wobei für nicht flugfähige, gering mobile und an feuchte Standorte des LRT 91E0* gebunden Arten bereits die zwischen den LRT-Beständen und der Trasse gelegenen Fichtenbestände eine Barriere darstellen. Die Tagfalter ebenso wie sonstige Wirbellose sind daher für die Beurteilung der Auswirkungen des Vorhabens nicht weiter relevant. Dies gilt im Übrigen vorliegend für fast alle charakteristischen Arten, da die relevanten Beeinträchtigungen des Vorhabens überwiegend durch die Flächeninanspruchnahme und die Stickstoffdepositionen ausgelöst werden.</p> <p>Der Kleiber wurde unabhängig von den Kartiererergebnissen bei der Beurteilung der Beeinträchtigungen für den LRT 9160 vorsorglich als charakteristische Art mit betrachtet. Für Gartenbaumläufer und Sumpfmeise liegen Daten aus 2013 und 2019 vor und bezeugen keine hohe Siedlungsdichte im LRT 9160. Die Arten verteilten sich auf verschiedene Waldtypen. Für 2019 lagen im Einwirkungsbereich der Trasse im LRT 9160 keine Nachweise vor. Eine zusätzliche vorsorgliche Betrachtung der Arten Gartenbaumläufer und Sumpfmeise (entsprechend dem Kleiber) hätte zudem keinen weiteren Erkenntnisgewinn gebracht, da die Effektdistanzen dieser Arten nur halb so groß sind wie die des Kleibers. Zudem ist auch für den Kleiber festzustellen, dass die Beeinträchtigungen durch andere Effekte wie Waldanschnitt und insbesondere die Stickstoffeinträge bei weitem überlagert werden und insoweit im vorliegenden Fall für die Ermittlung erheblicher Beeinträchtigungen und den Umfang von Kohärenzmaßnahmen nur von untergeordneter Bedeutung sind.</p>
20.	unzureichende Berücksichtigung des erhaltungszielbestimmenden Kammmolchs	Wie Kapitel 6.2.1 der UVS zu entnehmen ist, wurde für den Kammmolch insbesondere aufgrund des ungünstigen Erhaltungszustands der Population im FFH-Gebiet vorsorglich von einer erheblichen Beeinträchtigung ausgegangen und es werden geeignete Kohärenzmaßnahmen zu Verbesserung der Situation vorgesehen.
21.	unklare Berücksichtigung kumulativer Auswirkungen	<p>Die A 1 bestand im Übrigen bereits vor der Gebietsmeldung und ist insoweit als Vorbelastung zu berücksichtigen, was überwiegend über die Bestandssituation mit abgebildet wird. Kontinuierlich von der A 1 in das Gebiet einwirkende Wirkfaktoren, welche erst längerfristig als Bestandsänderung sichtbar werden, wie insbesondere die Stickstoffdepositionen wurden als Vorbelastung kumulativ berücksichtigt.</p> <p>Der bestehende Bodenabbau wurde als Vorbelastung berücksichtigt und ist in den Bestandsdarstellungen abgebildet</p>
22.	unzulässige Anrechnung von Artenschutzmaßnahmen (bezogen auf die Maßnahmen 4.7 AFFH und 4.8 AFFH)	<p>Die eigentliche Maßnahme zur Schadensbegrenzung ist Maßnahme 1.3 VArt – “Baufeldfreimachung außerhalb der Brut- bzw. Wochenstubenzeit und Kontrolle von Höhlenbäumen”, mit der die baubedingte Tötung von Fledermäusen vermieden wird. Auf die übrigen Maßnahmen wird nur ergänzend hingewiesen. Gleichwohl erhöhen sie das Quartierangebot vor dem Eingriff und unterstützen damit Maßnahme 1.3 VArt, da sie vor Beginn des Eingriffs bereits Ausweichmöglichkeiten schaffen. Hiervon unabhängig wäre gemäß der Rechtsprechung des EuGH eine Berücksichtigung dieser Maßnahmen jedenfalls im Rahmen der Ausnahme nach § 34 Abs. 3-5 BNatSchG möglich (EuGH, Urt. v. 25.7.2018 – C-164/17, ECLI:EU:C:2018:593 (Rn. 57), People Over Wind).</p> <p>Was den Kammmolch betrifft, so dienen die Maßnahmen der Vermeidung baubedingter Tötungen und ist hierzu geeignet und bewährt. Vorsorglich wird zudem für den Kammmolch eine erhebliche Beeinträchtigung angenommen.</p>
23.	unzureichende Bewertung der Schutzgüter und unzureichende Darstellung des Eingriffs sowie der Vermeidungs- und Kohärenzmaßnahmen	In den FFH-Verträglichkeitsuntersuchungen finden sich detaillierte Angaben zum jeweiligen Schutzgebiet sowie die Beurteilung der vorhabenbedingten Beeinträchtigungen und der Erhaltungsziele des Schutzgebiets. Auch die vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung ebenso wie zur Kohärenzsicherung können den FFH-Verträglichkeitsuntersuchungen entnommen werden. Als betriebsbedingte (sowie z.T. auch anlagebedingte) Beeinträchtigung wurden dabei auch mögliche Barrierewirkungen der Trasse betrachtet. Sofern der Verlust von Lebensräumen oder potenziell geeigneten Habitaten durch Zerschneidungseffekte nicht ausgeschlossen

	Einwendungsthema/Sachargument	Gegenäußerung
		werden kann, liegen die Voraussetzungen für eine Abweichung nach § 34 Abs. 4 BNatSchG vor und sind entsprechende Maßnahmen zur Kohärenzsicherung vorgesehen (bspw. für den Kammmolch im FFH-Gebiet DE 3614-334 „Fledermauslebensraum Wiehengebirge bei Osnabrück“).
24.	Fehlerhafte Anwendung der Fachkonvention LAMBRECHT UND TRAUTNER (2007)	Die Fachkonvention LAMBRECHT UND TRAUTNER (2007) wird im Übrigen in der FFH-VP in einer sachgerechten, der üblichen Praxis entsprechenden Weise angewandt.
25.	Unzureichende Bilanzierung in Bezug auf das Große Mausohr	<p>Die Maßnahmen 4.7 ACEF und 4.8 ACEF beinhalten insbesondere Prozessschutzflächen, welche die Entwicklung des natürlichen Quartierangebots fördern. Das ergänzend genannte Bohren von Baumhöhlen nutzt einer Vielzahl von Fledermausarten und insbesondere den hier relevanten Anhang-II-Arten Großes Mausohr (Tagesquartiere) und Bechsteinfledermaus.</p> <p>Das Bohren von Baumhöhlen führt nachweislich nicht zu einer relevant erhöhten Sterblichkeit von Bäumen, erhöht aber die Habitatqualität der Bestände. In welcher Form hier der Artenschutz fragwürdig betroffen wird oder die Erhöhung der Habitatqualitäten für Zielarten des FFH-Gebiets und charakteristische Arten einen Eingriff in das FFH-Gebiet darstellt, erschließt sich nicht.</p> <p>Die Funktionsminderung der Jagdgebietseignung wurde auch in Bereichen ermittelt, welche erst noch entwickelt bzw. verbessert werden sollen.</p> <p>Es wurden auch überwiegend ungeeignete, d.h. entwicklungsbedürftige Flächen bilanziert. Eine Umrechnung von Funktionsminderungen in absolute Flächenverluste entspricht der gängigen Praxis und ist bspw. auch in anerkannten Regelwerken wie der H PSE so vorgesehen.</p> <p>Zutreffend ist, dass das FFH-Gebiet „Fledermauslebensraum Wiehengebirge“ nur einen Teil der Nahrungshabitate insbesondere der Mausohrkolonie Engter abdeckt. Wenn in Anlehnung an die erwähnte Schutzgebietsverordnung nur die gut geeigneten Nahrungshabitate berücksichtigt werden, beträgt der Verlust lediglich 0,84 ha Nahrungshabitatfläche. Die Behauptung, dass für 10 % der im FFH-Gebiet jagenden Großen Mausohren ein Lebensraumverlust eintritt, ist vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar.</p> <p>Die Bilanz berücksichtigt auch Entwicklungsflächen. Gut geeignete Nahrungshabitate sind nur in geringem Umfang betroffen. Die Aktivitätsdichten und damit auch Aktivitäten der Nahrungssuche werden durch die aktuellen Batcorderuntersuchungen mit abgedeckt. Im Übrigen wurden die Nahrungshabitatverluste vorsorglich als erhebliche Beeinträchtigung gewertet.</p> <p>Bedeutsame, als Wochenstubenquartier genutzte Quartierbäume der Bechsteinfledermaus sind nicht betroffen. Die Kernaktionsräume der im FFH-Gebiet vorhandenen Bechsteinfledermauskolonien liegen deutlich außerhalb des Trassenbereichs.</p>
26.	Wirksamkeit der Querungshilfen fraglich	<p>Der Habitatschutz gehört nicht zu dem rügefähigen Rechtskreis von Gemeinden (s. lfd. Nr. 7)</p> <p>Im Übrigen entspricht die Ausgestaltung der Grün- und Faunabrücken den für Fledermausquerungshilfen definierten Anforderungen der MAQ 2022 bzw. geht über diese hinaus. In der Kombination mit den vorgesehenen Leit- und Sperreinrichtungen entlang der Trasse sowie den vorgesehenen Leitstrukturen innerhalb der Waldbestände ist eine hohe Wirksamkeit zu erwarten.</p> <p>Die Fledermausuntersuchungen entlang der geplanten Autobahntrasse haben allgemein die Aktivitätsdichte der Großen Mausohren erfasst, was zu einem großen Anteil auch Flüge zur Nahrungssuche beinhaltet. Intensiv zur Nahrungssuche beflogene Bereiche im Trassenumfeld sind insoweit bei der Positionierung der Grünbrücken berücksichtigt. Für die Nahrungssuche werden grundsätzlich die Bereiche genutzt werden, welche einen entsprechenden Insektenreichtum sowie eine hinreichende Zugänglichkeit, d.h. einen hindernisfreien Flugraum aufweisen. Dies werden entsprechend strukturierte Waldbestände, aber auch die vorgesehenen Leitstrukturen sein. Diese bieten mit der Offenhaltung freier Durchflugmöglichkeiten in Bodennähe zugleich günstige Voraussetzungen für die Nahrungssuche und lassen auch so eine Attraktionswirkung erwarten. Darüber hinaus sorgt die dichte Anpflanzung mit Gehölzen entlang dieser Leitstrukturen zu einer seitlichen „Absperrung“ und entsprechender Richtungswirkung. Insgesamt ist somit zu erwarten, dass die Fledermäuse stärker in Richtung der Grünbrücken geleitet werden. Die Querungshilfen und Leitstrukturen weisen darüber hinaus auch für alle anderen im Gebiet vorhandenen Fledermausarten eine hohe Wirksamkeit auf. Zudem wurde in der Untersuchung auch berücksichtigt, dass Überflüge über der Autobahn auch abseits der Grünbrücken nicht vollständig auszuschließen sind.</p>
27.	Kritik an der FFH-Ausnahmeprüfung	<p>Der Einwand bezieht sich nicht auf die Planänderung. Auf diesen Einwand wurde bereits im Rahmen der ersten Auslegung der Planunterlagen eingegangen.</p> <p>Die rechtlichen Voraussetzungen, unter denen einer Ausnahme gemäß § 34 Abs. 3-5 BNatSchG in Betracht kommt, sind dem Vorhabenträger bekannt. Die hier wegen der Betroffenheit des prioritären LRT 91E0* – jedenfalls vorsorglich – einzuholende Stellungnahme der EU-Kommission muss nicht bereits bei Erstellung der Planunterlagen vorliegen, sondern lediglich Eingang in die Entscheidung der Planfeststellungsbehörde finden. Diese Entscheidung liegt noch nicht vor, sodass die demnächst zu erwartende Stellungnahme der EU-Kommission ordnungsgemäß Berücksichtigung finden kann und wird.</p>
28.	Maßnahme für das Große Mausohr nicht geeignet und das Kollisionsvermeidungswirkung der Maßnahmen überzeugt für die Arten Bechsteinfledermaus und Großes Mausohr nicht	Bestandteil der Maßnahme ist, dass vor Nutzungseinstellung dichter Unterwuchs aufzulichten und ggf. vorhandene Nadelbäume zu entfernen sind. Dies verbessert kurzfristig die Möglichkeiten zum Durchflug und zur Nahrungssuche für das Große Mausohr. In die Maßnahme wurden überwiegend Buchenbestände einbezogen, welche natürlicherweise Hallenwaldstrukturen und damit für das Mausohr geeignete Nahrungshabitate bilden. Zudem bleiben, über die forstlichen Umtriebszeiten hinausgehende, Alters- und Zerfallsphasen erhalten, wodurch sich das Höhlenangebot (bspw. Tages- und Paarungsquartiere für das Große Mausohr) und auch das Nahrungsangebot für Fledermäuse erhöht. Die Maßnahmenflächen befinden sich in günstiger Lage zum Wochenstubenstandort in Engter und würden alternativ der forstlichen Nutzung unterliegen, da die Umtriebszeiten annähernd erreicht sind.

	Einwendungsthema/Sachargument	Gegenäußerung
		<p>Zu betrachten ist das Gesamtkonzept, welches aus 6 Querungshilfen und zugeordneten Leitstrukturen besteht. Die Ausgestaltung der Grün- und Faunabrücken entspricht den für Fledermausquerungshilfen definierten Anforderungen der MAQ 2022 bzw. geht über diese hinaus. In Kombination mit den vorgesehenen Leit- und Sperreinrichtungen entlang der Trasse sowie den vorgesehenen Leitstrukturen innerhalb der Waldbestände ist auch gemäß der aktuellen Arbeitshilfe Fledermäuse und Straßenverkehr eine sehr hohe bis hohe Wirksamkeit zu erwarten (Lüttmann et al 2023: 65,66).</p> <p>An der Böschungsoberkante ist eine dichte Abpflanzung vorgesehen, welche dazu beitragen soll die Mausohren in Richtung der Grünbrücken zu leiten. Dem schließt sich im oberen Teil der Böschung ein rund 10 m breiter Streifen mit ruderalen Gras- und Staudenfluren an. Am unteren Rand der Böschung erfolgt wieder eine dichte Abpflanzung mit Funktionen als Leitstruktur in Richtung der Grünbrücken und am Fahrbahnrand schließlich eine 4 m hohe Leit- und Sperreinrichtung für Fledermäuse (Fledermausschutzzaun). Die Wirksamkeit derartiger Leitstrukturen wird in Lüttmann et al 2023: 67,68 als mittel bis hoch beurteilt und ist hier mehrfach gestaffelt. Die entspricht mit 4 m den Anforderungen der MAQ 2022.</p> <p>Insoweit basiert die Annahme einer hinreichenden Wirksamkeit auf dem zum Zeitpunkt der Unterlagenerstellung verfügbaren Kenntnisstand von Wissenschaft und Forschung.</p> <p>Gleichwohl soll die Wirksamkeit durch ein Monitoring bestätigt werden.</p>
29.	Verträglichkeitsprüfung für Kohärenzmaßnahmen	Von den in das Gebiet hineinreichenden Leitstrukturen betreffen lediglich rd 0,3 ha LRT. Hier sind aber keine Beeinträchtigungen vorgesehen. Wie dem Maßnahmenblatt zu entnehmen ist, bleiben vorhandene alte Laubbäume erhalten. Ausgelichtet werden dichter Unterwuchs oder dicht stehende Nadelbäume. Dies entspricht auch den Zielsetzungen des Managementplans wonach bspw. der Erhalt und die Entwicklung von Buchenwäldern der FFH-LRT 9110 und 9130 mit einer zeitlichen Kontinuität von Hallenwaldelementen gefordert wird, die durch einen geringen Unterwuchs in Kraut- und Strauchschicht gekennzeichnet sind. Im Weiteren wird für das Große Mausohr ausgeführt "Erhalten von freiem (vegetationsarmem) Flugraum über dem Waldboden durch Vermeiden einer flächenhaften horizontalen und vertikalen Diversifizierung". Nichts anderer ist in den Laubwald LRT vorgesehen. Die Maßnahmen sollen zudem in enger Abstimmung mit der für das FFH-Gebiet zuständigen Fachbehörde umgesetzt werden.
30.	Erfordernis der Nachmeldung von Kohärenzflächen	Das Erfordernis der Nachmeldung in Bezug auf außerhalb der Gebietskulisse liegende Kohärenzflächen ist dem Vorhabenträger bekannt. Es handelt sich dabei jedoch um eine Rechtsfolge, nicht um eine Voraussetzung für die Planfeststellung.
31.	Maßnahme 2.7 VCEF nicht in Karte dargestellt und hinsichtlich Maßnahme 4.8 AFFH muss sichergestellt werden, dass die Flächen keinem Prozessschutz unterliegen	Die Maßnahmen 4.8 AFFH wurden mit den Landesforsten abgestimmt und nur Maßnahmen ausgewählt, welche über die Selbstverpflichtung hinausgehen.
32.	Zur Bewertung des Erhaltungsgrades einzelner Lebensraumtypen sind die charakteristischen Pflanzenarten in Bezug auf die Vollständigkeit des Lebensraumtypischen Arteninventars als auch die Einschätzung der Defizite in der Krautschicht zu betrachten.	Für die FFH-VP sind diejenigen charakteristischen Arten auszuwählen, die für das Erkennen und Bewerten von Beeinträchtigungen relevant sind. Die charakteristischen Pflanzenarten sind bereits Bestandteil der Abgrenzung der Lebensraumtypen und ihres Erhaltungszustands. Darüber hinaus bieten sie aber keine relevanten Indikatorfunktionen für Beeinträchtigungen, die nicht bereits über den Lebensraumtyp als solchen abgedeckt sind.
33.	Aktionsradius von 275 m um den Sommerlebensraum des Kammmolches zu klein	<p>Zu differenzieren ist zwischen dem regelmäßigen Jahreslebensraum von Kammmolchen und Migrationswanderungen von einzelnen Jungtieren. Für den Jahreslebensraum wurde ein Aktionsradius von 300m angesetzt. In der Regel liegen Tages- und Winterverstecke des Kammmolchs nicht weiter als 20–100 m von den Gewässern entfernt (vgl. Angaben von BÜLOW; KUPFER; MASCHKA & KORDGES; jeweils zitiert in KUPFER & VON BÜLOW 2011). Der Median-Wert aller in KUPFER & VON BÜLOW (2011) beschriebenen Migrationen beträgt 275 m. Vorliegend sind die Gewässer mit einer sehr kleinen, wenn überhaupt noch vorhandenen Population besiedelt und rundherum von geeigneten Landhabitaten umgeben. Längere Wanderungen zum Erreichen geeigneter Landhabitate sind vorliegend daher nicht erforderlich und insoweit auch nicht wahrscheinlich.</p> <p>Darüber hinaus wurden die beschriebenen Wanderungen von Einzeltieren über größere Entfernungen in der FFH-VP berücksichtigt.</p>
34.	Potenziellen Vorkommen des Mittelspechts nicht beachtet	<p>Charakteristische Arten sind in erster Linie als geeignete Indikatoren für den Erhaltungszustand der Lebensraumtypen bzw. in der FFH-VP als Indikatoren für die potenziellen Auswirkungen des Vorhabens auf den Lebensraumtyp relevant. Diese Indikatorfunktion kann nur erfüllt werden, wenn die Arten auch real in den Lebensraumtypen vorkommen. Ansonsten müsste ein hypothetisches Artenspektrum angesetzt werden und Kartierungen wären überflüssig.</p> <p>Das angesprochene, in 2014 nachgewiesene Vorkommen war zudem für die Frage erheblicher Beeinträchtigungen und deren Umfang irrelevant. Es befand sich im Nahbereich der Trasse, in einem Bestand des LRT 9160, der unmittelbar durch Überbauung betroffen ist und für dessen restlichen Bereich bereits durch die Auswirkungen des Waldanschnitts und die Stickstoffdepositionen in der Summe mit 80 % Funktionsminderung berücksichtigt wurden. Die aus der Betroffenheit des Mittelspechts resultierenden Funktionsminderungen sind hierdurch bereits hinreichend abgedeckt.</p>

	Einwendungsthema/Sachargument	Gegenäußerung
35.	Gewässer 37 in Habitat 4b nicht betrachtet	Gewässer 37 liegt außerhalb des FFH-Gebiets und ist daher nicht unmittelbares Erhaltungsziel. Die Funktionsbeziehungen zwischen dem Gewässer und dem FFH-Gebiet werden durch die Trasse nicht beeinträchtigt. Vor diesem Hintergrund wurde dieses Gewässer vor allem unter Gesichtspunkten des Artenschutzes betrachtet.
36.	Abweichung von den Methodenstandards bei der Erfassung der Eulen und Spechten	Bei der Kartierung handelt es sich nicht um eine Neukartierung, sondern um eine Überprüfung der in der Vergangenheit erhobenen Kartierdaten und zudem begrenzt auf die planungsrelevanten Arten. Dennoch wurden die Begehungszeiträume so gewählt, dass bei einer Erfassung mit sechs + drei Begehungen eine möglichst vollständige Erfassung dieser Artenauswahl möglich war. Die Kartierzeiträume dieser Arten wurden mit mindestens einer, in der Regel zwei Begehungen zu den empfohlenen Optimalzeiträumen abgedeckt. Für die hier relevante Fragestellung ist der Erfassungsumfang damit vollkommen ausreichend. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass in der planerischen Beurteilung Brutpaare, die in 2019 nicht nachgewiesen wurden, im Zeitraum 2010 bis 2014 aber vorkamen, mitberücksichtigt wurden, soweit sich der Rückgang nicht durch Habitatverluste oder einen generell abnehmenden Trend der Art begründen ließ. Insoweit liegt die Beurteilung auf der sicheren Seite.
37.	Mangelnde Darstellung quartiergeeigneter weiterer Bäume mit anderen Strukturen	Der Begriff „Höhlenbaum mit potenzieller Eignung für Fledermäuse“ steht stellvertretend für Bäume mit bemerkenswertem Habitatpotenzial für Fledermäuse. Wie Unterlage 19.4.3, S. 11 zu entnehmen ist, wurden Bäume mit potenziellen Quartieren wie Höhlen, Spalten, ausgefaulten Astabbrüchen oder abgeplatzter Rinde erfasst.
	6.2 Besonderer Artenschutz	
	Vorhaben verstößt gegen Vorschriften des gesetzlichen Artenschutzes und die dafür vorgesehenen Maßnahmen sind nicht ausreichend, um den relevanten Beeinträchtigungen zu begegnen	Gemeinden können, soweit sie – wie hier – nicht als in ihrem Aufgabenbereich betroffene Behörde handeln, nur die Verletzung eigener Rechte, insbesondere ihrer Planungshoheit, rügen, nicht jedoch die Vereinbarkeit mit Rechten ihrer Gemeindemitglieder oder sonstigen Bestimmungen des objektiven Rechts, etwa solcher des Umweltschutzes, auch wenn ihr Grundeigentum in Anspruch genommen wird (vgl. BVerwG, Beschl. v. 9.10.2003 – 9 VR 6.03, juris, Rn. 4). Der besondere Artenschutz gehört nicht zu dem rügefähigen Rechtskreis von Gemeinden (VGH Bad.-Württ., Urt. v. 28.11.2023 – 3 S 846/21, juris, Rn. 183).
38.	Kritik, dass geplante CEF-Maßnahmen nicht im Hinblick auf bereits vorkommende (planungsrelevante) Arten kartiert worden sind	Die Maßnahmen sind grundsätzlich so konzipiert, dass die Lebensraumkapazität gesteigert wird.
	6.3 Eingriffsregelung	
39.	Festlegung von Kompensationsflächen in Vorranggebieten Rohstoffgewinnung und Vorranggebieten Rohstoffsicherung darf die vorrangige Nutzung nicht beeinträchtigt werden	Aufgrund der begrenzten Möglichkeiten zur Maßnahmenrealisierung im FFH-Gebiet und zur Gewährleistung der räumlich-funktionalen Beziehungen zwischen Eingriff und Ausgleich insbesondere für den Kammmolch, ließ es sich nicht vermeiden, einzelne Maßnahmen auch im Bereich des Vorranggebietes für den Rohstoffabbau vorzusehen. Es handelt sich bei den Maßnahmen einerseits um Maßnahmen der Laubwaldentwicklung und andererseits um Maßnahmen für den Kammmolch. Eine Beeinträchtigung der vorrangigen Nutzung ist damit nicht verbunden. Sollte irgendwann ein Abbau vorgesehen werden, so sind diese Maßnahmen zu kompensieren, genauso wie die derzeit bereits vorhandenen Waldbestände und Lebensraumtypen.
40.	Engmaschige Einbeziehung der Umweltbaubegleitung (UBB) in die Bautätigkeiten; Vorlage eines nachvollziehbaren Zeitplans zur Umsetzung der Maßnahmen; halbjährliche Sachstandsberichte der UBB	Der Vorhabenträger sichert eine Umweltbaubegleitung zu. Hinsichtlich des Zeitplans wird auf die Ausführungsplanung verwiesen. Für die Planfeststellung sind die in der Maßnahmenkartei eingetragenen Angaben zu den Realisierungszeiten ausreichend. Bedenken gegen Überplanung im Übrigen werden zur Kenntnis genommen.
41.	Die Richtgeschwindigkeit von 130 km/h muss dies bei der Ermittlung des straßenverkehrsbedingten Stickstoffeintrages als Grundlage dienen. Berücksichtigt werden muss, dass die Geschwindigkeit auch deutlich höher liegen kann, was zu wesentlich höheren Stickstoffeinträgen führt.	Geschwindigkeitsbeschränkungen zur Verminderung von Stickstoffdepositionen sind lediglich nördlich der Anschlussstelle Belm vorgesehen und wurden für das FFH-Gebiet Palsterkamp berücksichtigt. Im Bereich des Wiehengebirges wurde die Bilanzierung ohne Geschwindigkeitsbeschränkung vorgenommen. In beiden Fällen wurde zudem der sogenannte „Waldfall“, d.h. eine erhöhte Depositionsgeschwindigkeit in Waldgebieten, berücksichtigt, womit die Beurteilung auf der sicheren Seite liegt.
42.	Anpassung der Maßnahmenblätter: Zusammenfassend hinsichtlich Ersetzen eingegangener Gehölze bei Anpflanzungen; Zuständigkeiten für langfristige Unterhaltung definieren (speziell bzgl. Nistkästen), Bekämpfung invasiver Neophyten; Überprüfung der Funktion hinsichtlich der mit den Maßnahmen beabsichtigten schutzgutbezogenen Wirkungen; Einplanung eines Beweissicherungsverfahrens entsprechend den Geofakten 16 des Niedersächsischen Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie; bei Maßnahme 1.3. VArt müssen bei der UBB vor allem im Winter auch Vorabuntersuchung eingeplant werden; Beispielskizze bei Maßnahmen 2.7. VArt, 2.8. VArt, 2.10. VArt, 2.11. VArt, 2.13. VArt; bei	Die Maßnahmenblätter sehen eine Fertigstellungs- und Entwicklungspflege gemäß ZTV La-StB vor. Hier ist geregelt, dass alle nicht abnahmefähigen Pflanzen durch Nachpflanzen zu ersetzen sind. Insoweit ist diese Anforderung bereits erfüllt. Mit Ausnahme der Wiederherstellungsmaßnahmen werden die Flächen vom Straßenbaulastträger d.h. der Autobahn GmbH erworben, welche dann im Weiteren auch für die Pflege erforderlich ist. Bei den Wiederherstellungsmaßnahmen werden lediglich baubedingt betroffene Biotopstrukturen an der gleichen Stelle wiederhergestellt. Die Flächen verbleiben hier beim Eigentümer und sind entsprechend der bisherigen Praxis durch den Eigentümer zu pflegen. Verantwortlich für die Pflege der Nistkästen ist die Autobahn GmbH. Der Vorhabenträger sichert zu, auf seinen Flächen nach pflichtgemäßem Ermessen die im Einzelfall erforderlichen und verhältnismäßigen Maßnahmen zur Bekämpfung invasiver Neophyten im Sinne des § 40 BNatSchG zu ergreifen. Bei sämtlichen Grünbrücken, Faunabrücken und Fledermausüberführungen ist eine Funktionskontrolle des Bauwerks und der Umfeldgestaltung im Rahmen der Bauwerkskontrolle entsprechend der Anforderungen der MAQ 2022, Kap 9.3. vorgesehen. Dies beinhaltet u.a. regelmäßige Überprüfungen der Vegetationsentwicklung auf den Bauwerken und im Umfeld. Da die Bauwerke den Anforderungen der MAQ entsprechen, kann eine hinreichende Wirksamkeit vorausgesetzt werden und eine generell

	Einwendungsthema/Sachargument	Gegenäußerung
	<p>Maßnahme 3.3 A/V zweite Möglichkeit wählen; Erstaufforstungen sind nur auf Acker zulässig; bei Maßnahme 4.4b AFFH muss dargestellt und sichergestellt werden, dass es für diese benannten Flächen keine (Selbst-) Verpflichtung gibt, die beschriebenen Maßnahmen umzusetzen bzw. dass die geplanten Maßnahmen über eine (Selbst-)Verpflichtung hinausgehen.</p> <p>Prüfung bei Maßnahme 4.6 AFFH, ob Maßnahmen notwendig im Rahmen der Umsetzung des Managementplanes sind und damit für Landesforsten verpflichtend sind; bei Maßnahme 4.6 AFFH prüfen, ob Standorte der Gewässer auch im Sommer wasserführend sind</p>	<p>Wirkungskontrolle bzw. ein Monitoring ist nicht vorgesehen. Eine Ausnahme besteht für die Querungshilfen sowie Sperr- und Leiteinrichtungen im FFH-Gebiet Wiehengebirge. Für diese sichert der Vorhabenträger ein Monitoring zu und wird ein entsprechendes Monitoringkonzept erstellen.</p> <p>Die Beeinträchtigungen der Waldbestände durch Grundwasserabsenkung wurden vorsorglich in der Eingriffsbilanz und auch in der forstrechtlichen Bilanz berücksichtigt. Ein forstliches Beweissicherungsverfahren im Sinne der Geofakten 16 wird daher nicht als erforderlich erachtet bzw. ist der Problemlage nicht angemessen.</p> <p>Es handelt sich bei diesen Querungshilfen um Unterführungen ohne Bepflanzung, weshalb eine Beispielskizze nicht erforderlich ist. Details der Abmessungen können zudem auch der technischen Planung entnommen werden.</p> <p>Der Hinweis zu Maßnahmenblatt 3.3 A/V wird zur Kenntnis genommen. Rasengittersteine im Mittelstreifen werden aus betrieblichen Gründen nicht vorgesehen. Durch Maßnahme 4.1a wird nur kleinflächig (ca. 3000 m²) Intensivgrünland beansprucht, was aber außerhalb des LSG erfolgt.</p> <p>Maßnahme 4.4b wurde mit den Landesforsten abgestimmt und geht über deren Selbstverpflichtung hinaus.</p> <p>Gemeint ist vermutlich Maßnahmenblatt 4.9. Die Gewässer werden so angelegt, dass ein Austrocknen unwahrscheinlich ist. Detailuntersuchungen zu den Standortbedingungen und eine entsprechende Detailplanung der Gewässer sind Bestandteil der Ausführungsplanung.</p> <p>Die Benjeshecke muss nur in Teilbereichen der Maßnahme vorgesehen werden und dient der kurzfristigen Bereitstellung von Habitaten für Brutvögel, aber auch als Unterschlupf für andere Arten wie Amphibien, Reptilien oder Insekten. Diese Vorteile überwiegen die befürchteten Risiken. Die Obstbäume können in größerem Abstand zur Benjeshecke gepflanzt werden und werden gut gewässert, was derartigen Infektionen vorbeugt.</p> <p>Der Rotpustel-Pilz tritt v. a. auf geschwächten oder abgestorbenen Zweigen von Laubgehölzen auf. Er befällt gesunde Obstgehölze in der Regel nicht. Nur wenn Bäume stark geschädigt oder stark zurückgeschnitten sind, können Sporen von der Benjeshecke auf diese übergehen. In einem gesunden, gut gepflegten Obstgarten überwiegen die Vorteile einer Benjeshecke (Nützlinge, Biodiversität, Lebensraum) deutlich gegenüber den möglichen Risiken.</p>
43.	Umlegung des Kompensationsbedarfs in Werteeinheiten nach dem Osnabrücker Kompensationsmodell (2016) für Flächenpool Kohkamp; für die weiteren genannten und sich als geeignet erwiesenen Kompensationsflächenpools ist nicht erkenntlich, inwiefern auch diese für eine externe Kompensation herangezogen werden.	Die Eingriffs-Ausgleichsbilanz im LBP erfolgt nach einem einheitlichen, für die Straßenbauvorhaben in Niedersachsen festgelegten Vorgehen, welches aus Gründen der Einheitlichkeit und Nachvollziehbarkeit für den LBP beibehalten werden muss. Auf dieser Grundlage werden auch die vertraglichen Vereinbarungen mit den Landesforsten getroffen. Eine Umrechnung und Abbuchung aus dem Flächenpool erfolgt dann durch den Poolbetreiber.
44.	Die ergänzende Angabe konkreter Zeiträume bei der zeitlichen Zuordnung in den Maßnahmenblättern (CEF) ist zu streichen.	Eine konkrete zeitliche Zuordnung erfolgte insbesondere für CEF-Maßnahmen und z. T. für Maßnahmen zur Schadensbegrenzung, welche zum Zeitpunkt des Eingriffs bereits voll funktionsfähig sein müssen. Gemäß dem Gutachten zu den Richtlinien für die landschaftspflegerische Begleitplanung im Straßenbau (RLBP), Merkblatt (MB) 24 ist „der relevante Zeitpunkt für die Fertigstellung der Maßnahme im Einzelfall zu bestimmen und in den LBP-Maßnahmenblättern zu dokumentieren“. Dieser Anforderung wurde Rechnung getragen. Die Zeitangaben bieten zudem eine hilfreiche Orientierung für die Optimierung der Ausführungsplanung. Ein Verzicht auf diese Angaben und eine Bestimmung der erforderlichen Vorlaufzeiten alleine durch Funktionskontrollen würde die Umsetzung des Vorhabens aufgrund schlechterer Planbarkeit eher erschweren und voraussichtlich verzögern. Die Möglichkeiten einer vorläufigen Anordnung gemäß Paragraph 17 Absatz 2 FStrG werden im weiteren Planungsprozess geprüft und soweit erfolgversprechend auch ergriffen.
45.	Kritik, dass trassennahe Maßnahmen als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und nicht als Gestaltungsmaßnahmen eingestuft wurden.	Angesprochen sind die Maßnahmen 3.2 und 3.3 A/V, denen unstrittig Vermeidungswirkungen zukommen. Hinsichtlich der Begriffswahl bestehen hier sicherlich gewisse Spielräume. Möglich wäre auch eine Einstufung als G/V Gestaltungs- und Vermeidungsmaßnahme gewesen. Allerdings wurden von der üblichen Intensivpflege abweichende Vorgaben gemacht, weshalb eine Einstufung als Ausgleichsmaßnahmen erfolgte. Von der Sache her ist hervorzuheben, dass diese Maßnahmen nicht in der Eingriffs-Ausgleichsbilanz (Unterlage 9.5) berücksichtigt wurden, hier also wie Gestaltungsmaßnahmen behandelt wurden.
46.	Keine sichere Prognose zum Nutzungsverhalten der Querungshilfen für Fledermäuse; Integration von gezielten Vermeidungsmaßnahmen im Sinne eines „Lichtkonzeptes“ für Fledermäuse	<p>Die vorgesehenen Querungshilfen entsprechen den Anforderungen der MAQ 2022 und sind daher als hoch wirksam anzusehen und durchaus geeignet, erhebliche Beeinträchtigungen zu vermeiden.</p> <p>Sämtliche Querungshilfen sind mit Irritationsschutzwänden versehen, um störende Lichteinwirkungen abzuschirmen. Die Straße ist zudem überwiegend durch Gehölze eingegrünt, welche die Umgebung gegenüber Lichteinwirkungen abschirmen. Im Fahrbahnbereich selbst können Vergrämungseffekte durch Lichtquellen eher positiv bewertet werden, da sie zur Minderung von Kollisionsrisiken beitragen können.</p>
47.	LWL-KRS-Anlage quert Maßnahmenfläche 5.6a ACEF, 5.6b ACEF bei „Ruller Flut“ (Maßnahmenplan 17)	Die vorgesehenen Maßnahmen (Grünlandextensivierung und Umwandlung von Acker zu Grünland) sind mit den Schutzanforderungen der LWL-KSR-Anlage vereinbar. Ggf. zu beachtende besondere Anforderungen bei der Herstellung der Maßnahmen im Schutzstreifen der Anlage werden im Rahmen der Ausführungsplanung mit dem Anlagenbetreiber abgestimmt.

	Einwendungsthema/Sachargument	Gegenäußerung
	7. Schutz des Bodens	
48.	Erstellung eines Bodenschutzkonzepts auf Ebene der Genehmigungsplanung, das zudem durch ein Bodenmanagementkonzept zu erweitern ist	<p>Besonders schutzwürdige Böden wurden unter Vermeidungsgesichtspunkten bereits auf den vorgelagerten Planungsebenen, d.h. in der UVS und im LBP im erforderlichen Umfang berücksichtigt und auch geeignete Kompensationsmaßnahmen vorgesehen. Um der weiteren Vorsorgepflicht gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen Rechnung zu tragen, ist die Aufstellung eines Bodenschutzkonzeptes vor Baubeginn ausreichend. Auch sind erst zu diesem Zeitpunkt die erforderlichen Detailinformationen zum Bauablauf verfügbar.</p> <p>Die Aufstellung eines Bodenmanagementkonzeptes vor Baubeginn wird vom Vorhabenträger zugesagt. Erst zu diesem Zeitpunkt liegen die hierzu erforderlichen Detailplanungen vor.</p>
	8. Klimaschutz, Klimaanpassung	
	Fehlerhafte und unvollständige Klimazielverträglichkeitsprüfung	<p>Gemeinden können, soweit sie – wie hier – nicht als in ihrem Aufgabenbereich betroffene Behörde handeln, nur die Verletzung eigener Rechte, insbesondere ihrer Planungshoheit, rügen, nicht jedoch die Vereinbarkeit mit Rechten ihrer Gemeindemitglieder oder sonstigen Bestimmungen des objektiven Rechts, etwa solcher des Umweltschutzes, auch wenn ihr Grundeigentum in Anspruch genommen wird (vgl. BVerwG, Beschl. v. 9.10.2003 – 9 VR 6.03, juris, Rn. 4). Der Klimaschutz gehört nicht zu dem rügefähigen Rechtskreis von Gemeinden.</p> <p>Im Übrigen wurden die Belange des Klimaschutzes im Fachbeitrag Klimaschutz (Unterlage 21.2) untersucht und bewertet. Der Fachbeitrag wurde entsprechend der aktuell gültigen Hinweise des BMDV zur Berücksichtigung der großräumigen Klimawirkungen in der Vorhabenzulassung erstellt und berücksichtigt auch das entsprechende Ad-Hoc-Arbeitspapier der FGSV (Stand Dezember 2023).</p>
49.	Die Auswirkungen des Straßenbauvorhabens auf die Klimaziele wurden nicht hinreichend untersucht. Die klimapolitischen Ziele werden missachtet.	<p>§ 13 Abs. 1 Satz 1 KSG verlangt die Berücksichtigung der Auswirkungen des Vorhabens auf den Klimaschutz. Dies erfordert eine abwägende Betrachtung „mit Augenmaß“ im Sinne einer groben Abschätzung (BVerwG, Urt. v. 4.5.2022 – 9 A 7.21, BVerwGE 175, 312 (Rn. 80)). Der Belang des Klimaschutzes wurde im Fachbeitrag Klimaschutz (Unterlage 21.2) untersucht und bewertet. Das Bundes-Klimaschutzgesetz bildet dabei den rechtlichen Rahmen. Zweck dieses Gesetzes ist es, zum Schutz vor den Auswirkungen des weltweiten Klimawandels die Erfüllung der nationalen Klimaschutzziele sowie die Einhaltung der europäischen Zielvorgaben zu gewährleisten. Grundlage bildet die Verpflichtung nach dem Übereinkommen von Paris aufgrund der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, wonach der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 °C und möglichst auf 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen ist, um die Auswirkungen des weltweiten Klimawandels so gering wie möglich zu halten (vgl. § 1 KSG). Der Fachbeitrag wurde entsprechend der aktuell gültigen Hinweise des BMDV zur Berücksichtigung der großräumigen Klimawirkungen in der Vorhabenzulassung erstellt und berücksichtigt auch das entsprechende Ad-Hoc-Arbeitspapier der FGSV (Stand Dezember 2023).</p> <p>Die Ermittlung der vorhabenbedingten THG-Emissionen finden sich im Fachbeitrag Klima. Die CO₂-Emissionen pro Fahrzeug wurden dabei entsprechend den Angaben des Handbuchs für Emissionsfaktoren (HBEFA Version 4.2) und dem Modell TREMOD (Transport Emission Model) des UBA ermittelt. Hieraus ergibt sich, dass durch das Vorhaben zusätzliche verkehrsbedingte Treibhausgasemissionen in Höhe von 10.400 t CO₂ bzw. CO₂-Äquivalenten pro Jahr entstehen. Da hier verschiedene Fahrmodi und Geschwindigkeiten zu berücksichtigen sind, kann kein einzelner Wert pro Pkw/Lkw/E-Auto angegeben werden. Der Berechnung wurde ein Netzmodell der Verkehrsentwicklung zugrunde gelegt. Die Einsparungen resultieren aus Entlastungen im betrachteten Verkehrsnetz.</p> <p>Die Lebenszyklusemissionen durch Bau- und Instandhaltung der Autobahntrasse betragen insg. 1.786,28 t CO₂-eq/a. Details der Bauausführung können und müssen auf der Ebene der Planfeststellung noch nicht abschließend festgelegt werden und sind insoweit nicht zu berücksichtigen, zumal der Straßenbaulasträger ohnehin verpflichtet ist, die Belange des Klimaschutzes in der Ausführungsplanung und dem Bau der Straße zu beachten. Derzeit ist weder klar, über welche Entfernungen Erdmassen zu transportieren sind, noch welche Antriebstechniken die für den Transport eingesetzten Fahrzeuge zum Zeitpunkt des Baus nutzen. Die Regenrückhaltebecken sind über die angesetzten Pauschalen mit abgedeckt bzw. fallen in der Gesamtbilanz nicht ins Gewicht.</p> <p>Die Veränderung der Landnutzung kann kurzfristig zu einer Zunahme von CO₂ Emissionen führen, mittel bis langfristig ist jedoch für diesen Sektor eine deutlich positive Bilanz zu erwarten. Die Beurteilung der durch Landnutzungsveränderungen verursachten THG-Emissionen erfolgte entsprechend der aktuell gültigen Hinweise des BMDV zur Berücksichtigung der großräumigen Klimawirkungen in der Vorhabenzulassung sowie des Ad-Hoc-Arbeitspapiers der FGSV (Stand Dezember 2023). Danach ist die Abschätzung für Boden und Biotope unter Berücksichtigung der jeweiligen qualitativen Funktionsausprägungen vorzunehmen und keine quantitative Bilanz zu erstellen. Aus der Unterlage ergibt sich außerdem, dass entsprechende Ausgleichsmaßnahmen mit Senken- und Speicherfunktion für THG vorgesehen sind.</p> <p>Im Übrigen ist Maßstab der Abwägung, ob das Vorhaben die Erreichung der KSG-Klimaziele gefährden kann (BVerwG, Urt. v. 4.5.2022 – 9 A 7.21, BVerwGE 175, 312 (Rn. 78)), wobei § 13 Abs. 1 Satz 1 KSG nicht im Sinne eines Optimierungsgebots zu verstehen ist (BVerwG, a.a.O., Rn. 86). Insgesamt hat das Bundesverwaltungsgericht überdies festgehalten:</p> <p>„Das Bundes-Klimaschutzgesetz und die in ihm festgelegten konkreten Klimaschutzziele richten sich in erster Linie an den Gesetzgeber, in dessen Entscheidung es liegt, wie er innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit in den einzelnen Sektoren die Klimaziele erreichen will. Ein Verzicht auf den Bau von Straßen ist kein im Rahmen der politischen und umweltschutzfachlichen Klimaschutzdiskussionen besonders propagiertes Ziel; erst recht hat es im Bundes-Klimaschutzgesetz keinen Niederschlag gefunden.“ (BVerwG, Urt. v. 4.5.2022 – 9 A 7.21, BVerwGE 175, 312 (Rn. 97))</p>

	Einwendungsthema/Sachargument	Gegenäußerung
	9. Lärmimmissionen und Luftschadstoffe	
50.	Einwände gegen die verwendete Software zur Lärmberechnung	<p>Der Ersteller der schalltechnischen Prognose hat gemäß der Vorgabe der Straßenbauverwaltung die Berechnung mit dem geforderten Berechnungsprogramm (SoundPLAN, Version 8.1) nach dem Teilstückverfahren durchgeführt. Dieses Programm wird bundesweit zur Berechnung von Immissionssituationen im Rahmen von Schalltechnischen Untersuchungen eingesetzt. Auch wenn die Version 8.1 im Jahr 2018 veröffentlicht wurde, werden auch heute noch die Berechnungen auf Basis der erforderlichen Richtlinien (hier RLS-90) und gesetzlichen Vorgaben mit dieser Programmversion durchgeführt. Zudem erfolgt eine regelspezifische Qualitätssicherung der Software mittels entsprechender Testaufgaben. Seitens des Programmanbieters gibt es eine entsprechende Konformitätserklärung, mit der für die RLS-90 bestätigt wird, dass alle auf die RLS-90 bezogenen Testaufgaben mit einer auf dieses Regelwerk bezogenen Referenzeinstellung des Programms innerhalb der zulässigen Toleranzgrenzen richtig gelöst werden. Die Anwendung der RLS-90 wiederum ergibt sich, wie in der schalltechnischen Prognose erläutert, aus der anzuwendenden 16. BImSchV.</p> <p>Die Berechnungen erfolgten zudem nicht mit dem Abschätzungstool nach „langer, gerader Straße“, sondern unter Verwendung der exakten Planungsdaten der A 33 Nord (in Lage und Höhe) in einem digitalen Geländemodell, in dem auch alle Gebäude und der gewählte aktive Lärmschutz berücksichtigt sind. Dabei berücksichtigt die Ausbreitungsberechnung die Entfernungseinflüsse, Abschirmungen, Reflexionen und Bodendämpfung. Zusätzlich mögliche Pegelminderungen durch Bewuchs wurden hingegen vernachlässigt. Die normgerechte Verwendung einer (im Mittel) immer ungünstigen Mitwindsituation wird im Programm abgebildet. Die Berechnungen und das verwendete Programm entsprechen dem Stand der Technik.</p>
	10. Wasserrechtliche und wasserwirtschaftliche Belange	
51.	Fehlende Bestätigung der Vereinbarkeit des Vorhabens mit den Bewirtschaftungszielen nach §§ 27, 47 WHG und den Umweltzielen nach Art. 4 WRRL	Gemeinden können, soweit sie – wie hier – nicht als in ihrem Aufgabenbereich betroffene Behörde handeln, nur die Verletzung eigener Rechte, insbesondere ihrer Planungshoheit, rügen, nicht jedoch die Vereinbarkeit mit Rechten ihrer Gemeindemitglieder oder sonstigen Bestimmungen des objektiven Rechts, etwa solcher des Umweltschutzes, auch wenn ihr Grundeigentum in Anspruch genommen wird (vgl. BVerwG, Beschl. v. 9.10.2003 – 9 VR 6.03, juris, Rn. 4). Der Wasserhaushalt gehört nicht zu dem rügefähigen Rechtskreis von Gemeinden.
52.	Fehlerhafter Fachbeitrag WRRL wegen unzureichender Methodik und fehlenden Erläuterungen	Gemeinden können, soweit sie – wie hier – nicht als in ihrem Aufgabenbereich betroffene Behörde handeln, nur die Verletzung eigener Rechte, insbesondere ihrer Planungshoheit, rügen, nicht jedoch die Vereinbarkeit mit Rechten ihrer Gemeindemitglieder oder sonstigen Bestimmungen des objektiven Rechts, etwa solcher des Umweltschutzes, auch wenn ihr Grundeigentum in Anspruch genommen wird (vgl. BVerwG, Beschl. v. 9.10.2003 – 9 VR 6.03, juris, Rn. 4). Der Wasserhaushalt gehört nicht zu dem rügefähigen Rechtskreis von Gemeinden.
53.	Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot nicht auszuschließen	wie vor, lfd. Nr. 50
54.	Einschränkung der Durchgängigkeit der Nette, Lechtinger Bach, durch Baumaßnahmen	Diese Auswirkungen sind nicht nur von nur vorübergehender Natur, sondern auch lokal begrenzt. Bezugsraum für die wasserrechtlichen Bewirtschaftungsziele ist aber der gesamte Oberflächenwasserkörper (BVerwG, Urt. v. 9.2.2017 – 7 A 2.15, BVerwGE 158, 1 (Rn. 506 u. 543). Damit ist die Bewertung, dass es nicht zu einer Verschlechterung kommt, nicht zu beanstanden.
55.	Es kommt zu nachteiligen Einwirkungen auf das Grundwasser infolge des Geländeeinschnitts.	<p>Im Rahmen der Planänderung wurden eine hydrogeologische Stellungnahme nebst Anlagen (Unterlage 20.2) sowie eine gutachterliche Stellungnahme zur Reichweite der Grundwasserabsenkung (Unterlage 20.3.1) erstellt. Insbesondere in der letztgenannten Unterlage werden die Baugrund- und Grundwasserverhältnisse sowie der Einflussbereich der Grundwasserabsenkung dargestellt. Darin wird ausgeführt, dass die Baugrunduntersuchung (Unterlage 20.1) ergeben hat, dass der zusammenhängende Kluftgrundwasserspiegel im Bereich des Wasserschutzgebietes erst in größerer, für die Baumaßnahme nicht relevanter Tiefe vorliegt. Eingriffe in den Kluftgrundwasserleiter sind für das Vorhaben nicht erforderlich. Der geplante Einschnitt in der Zone III erfolgt in schwach wasserdurchlässigen, bindigen Böden und verwitterten Ton- und Mergelsteinen des Buntsandsteins („Grundwasserhemmer“). Dort kann sich zeitweise Tag- und Stauwasser ansammeln. Für die Herstellung der Dammschüttung in der Zone II muss lediglich der Mutterboden abgetragen werden.</p> <p>In der Lockergesteinsüberdeckung der Schichten des Buntsandsteins und des Muschelkalks kann sich zeit- und bereichsweise lokal oberflächennahe Grund- und Stauwasser ansammeln. Absenkungen in derartigen Wasservorkommen können für die Gründung von Brückenbauwerken erforderlich werden. Die Trockenhaltung der dafür notwendigen Baugruben ist erfahrungsgemäß nur mit geringen Fördermengen und geringen Reichweiten der Absenkungen verbunden. Nachteilige Auswirkungen auf den Kluftgrundwasserleiter sowie auf die Brunnen der Wasserversorgung oder auf Hausbrunnen sind demnach nicht zu erwarten.</p>
56.	Negative Einwirkungen bzw. erhebliche Beeinträchtigung der A33 auf Gewässer II. und III. Ordnung	Es werden keine neuen Einwände geltend gemacht.
57.	Schutz der Gewässer durch geeignete Vorsorgemaßnahmen, Kritik an Verschiebung in Ausführungsplanung oder spätere Verfahren	<p>Zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die maßgebend entscheidungsrelevanten fachlichen Angaben und Regelungen sind (auch für den Gewässerschutz) in den Unterlagen enthalten. Einige Details können naturgemäß erst in der Ausführungsplanung geklärt werden, da erst zu diesem Zeitpunkt die entsprechende Planungstiefe erreicht ist (z.B. die Machbarkeit bestimmter Bauverfahren).</p>

	Einwendungsthema/Sachargument	Gegenäußerung
58.	Behandlungswürdigkeit des anfallenden Wassers, daher 13 Retentionsbodenfilter und ein Versickerungsbecken für erforderliche Filterung des Wassers nötig	Zur Kenntnis genommen Die Wassertechnische Berechnung erfolgte nach den aktuellen Regelwerken und ergibt das vorliegende Entwässerungskonzept.
59.	Deutliche Sedimentation in den Gewässern durch Starkregenereignisse, die Arbeiten von Unterhaltungsverband erschweren wird; gleichzeitig wird Lebensraum für aquatische und semiaquatische Arten und Lebensgemeinschaften verändert und eingeschränkt bzw. zerstört	Zur Kenntnis genommen. Für die Bemessungen werden die zum Zeitpunkt der Planerstellung geltenden Grundlagendaten (z.B. KOSTRA-DWD-2020 und Bemessungszuflüsse) berücksichtigt. Grundlagen für die Berücksichtigung von Ausnahmeereignissen (z.B. Hochwasser) sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bekannt und somit nicht relevant bzw. zu berücksichtigen.
60.	negative Auswirkungen auf das Wasserschutzgebiet Belm-Nettetal	Durch die geplante A 33 wird im Wasserschutzgebiet Belm-Nettetal eine Fläche von rd. 5,2 ha versiegelt, sodass dort keine Grundwasserneubildung mehr möglich ist. Das auf der A 33 anfallende Wasser wird in Rohrleitungen gesammelt und aus dem Wasserschutzgebiet herausgeführt. Dies führt zu einer Verringerung des Grundwasserdargebotes von 7.800 m³/a. Das entspricht rd. 0,8 % des insgesamt verfügbaren Grundwasserdargebotes von rd. 930.000 m³/a. Für die Versorgungsbrunnen Powe, Icker und Gattberg verbleibt ein ausreichend großes Grundwasserdargebot. Die wasserrechtliche Bewilligung ermöglicht eine Jahresentnahme von 900.000 m³. Die A 33 quert im Streckenverlauf das Wasserschutzgebiet (Zone II, Bau-km 47+550 – Bau-km 48+500) Belm-Nettetal. Hier werden bautechnische Maßnahmen gemäß RiStWag vorgesehen (vgl. Unterlage 20.1). Die möglichen Auswirkungen durch havarierte Gefahrstofftransporte werden somit unter die Gefahrenschwelle gesenkt. Im Bereich der Wasserschutzzone III (Bau-km 45+700 – Bau-km 47+550) wird gemäß Baugrundgutachten das Schutzpotenzial der Grundwasserüberdeckung als groß im Sinne der RiStWag beurteilt. Bei der Ableitung des Oberflächenwassers sind daher nach geltendem Regelwerk keine weitergehenden Entwässerungsmaßnahmen erforderlich. Beeinträchtigungen des Trinkwasserschutzgebietes sind damit nicht zu erwarten. Unter Berücksichtigung des angewandten Wasseraufbereitungsverfahrens (Verdünnung mit geringer belastetem Wasser) werden auch die Vorgaben der Trinkwasserrichtlinie eingehalten.
61.	auch eine temporäre Erhöhung der Nitratgehalte durch baumaßnahmenbedingte Stickstoffmobilisierung stellt eine existentielle Gefährdung der Versorgungssicherheit dar	In den Unterlagen werden nicht nur die ggf. möglichen Nitratbelastungen über einen Zeitraum von drei Jahren beschrieben, sondern auch Maßnahmen aufgezeigt, wie diese vermieden werden können. Diese Maßnahmen wurden unter Maßnahme V 1.1 in Unterlage 9.4 festgelegt und erlangen damit im Rahmen der Planfeststellung Verbindlichkeit. Baubedingte Beeinträchtigungen des Grundwassers durch Nitratreinträge können damit weitestgehend ausgeschlossen werden.
62.	An der Oberkante der Einschnittsböschung ist eine Grundwasserabsenkung von max. 2 m zu erwarten, welche dann in Richtung der Grenze des Absenkungsbereichs sehr schnell abnehmen sollte. Dies sei fragwürdig.	Die Herleitung basiert auf den sachgerechten Erhebungen und Berechnungen der Baugrundgutachter (BGA) und ist vorsorgeorientiert, d.h. überschätzt den tatsächlichen Effekt eher.
63.	keine einzelfallspezifische Betrachtung grundwasserabhängiger Biotope	Der Sachverhalt ist über den Aspekt "Veränderungen des Grundwasserhaushalts" mit erfasst, da dies letztlich der eigentlich relevante Wirkungspfad ist, welcher insbesondere über die im Baugrundgutachten ermittelte Grundwasserabsenkung berücksichtigt wird. Das Regenwasser, welches aus dem Gebiet herausgeführt wird, fällt auf den versiegelten Flächen an, welche ohnehin als vollständiger Funktionsverlust im FFH-Gebiet gewertet wurden. Die Vermutung, dass für die Vegetationsstrukturen relevante Grundwasserabsenkungen weit über 50 m hinausreichen, ist nicht belegt und widerspricht den Erkenntnissen des Baugrundgutachtens. Die Auffassung, dass die Unterlagen nicht abschließend prüffähig sind, wird nicht geteilt.
64.	Begründung zur Herleitung des 50 m Wirkraumes der Grundwasserabsenkung nicht nachvollziehbar	Am Wirkraum der Grundwasserabsenkung und dessen Begründung hat sich im Vergleich zur ersten Auslegung nichts geändert. Die Rahmenbedingungen sind in BGA 2016 hinreichend beschrieben. Bei den Baugrunderkundungen in 2009 und 2014 / 2015 wurden Grundwasserstände zwischen etwa 1 und 2 m unter der Geländeoberfläche festgestellt. Es handelt sich hierbei z.T. um Mischwasserstände, die sich durch Zufluss aus den unterschiedlichen wasserführenden Schichten gebildet haben. Bei den vorliegenden Gegebenheiten sind bereits natürlicherweise erhebliche Grundwasserspiegelschwankungen von mehreren Metern zu erwarten. Neben der zitierten maximalen Reichweite wird in dem Gutachten auch ausgeführt, dass in einer Entfernung von etwa 30 – 50 m nur noch Absenkungsbeträge von weniger als 0,3 m auftreten. Diese wären angesichts der natürlichen Schwankungen kaum als Beeinträchtigung zu werten. Weiter wird ausgeführt, dass bei Vergleichsberechnungen der Reichweite (z.B. HERTH, ARNDTS: Reichweite bei Sickerschlitzen, KUSAKIN, SICHARDT) sich geringere Werte zwischen etwa 10 und 20 m ergeben. Insgesamt geht das Gutachten vor dem Hintergrund der verschiedenen Berechnungsergebnisse vorsorgeorientiert von einer max. Reichweite von 50 m aus. Dieser angegebene Wirkraum der „Grundwasserabsenkung“ ist ein auf der sicheren Seite liegender, vorsichtiger Schätzwert. Wahrscheinlich sind die Auswirkungen (Reichweiten) noch geringer.
65.	Geplante Brunnen im Einzugsbereich Hunteburger Weg sind fertig gestellt und werden zurzeit begutachtet	Zur Kenntnis genommen. Die in Rede stehenden Brunnen befinden sich ca. 950 m südwestlich des Neubaus der A33 und damit in einer nicht relevanten Entfernung.
66.	Erhöhtes Aufkommen von Oberflächenwasser, das mit Schmutz in umliegende landwirtschaftliche Flächen gespült wird, die dadurch vernässen und verschmutzen	Durch den Bau der A 33 werden die Abflussverhältnisse im unmittelbaren Trassenbereich verändert. Aufgrund der Flächenversiegelung durch die geplanten Fahrbahnen wird das anfallende Niederschlagswasser zukünftig zu einem größeren Anteil abflusswirksam, da Faktoren wie Pflanzenaufnahme und Versickerung entfallen. Folglich werden Maßnahmen ergriffen, welche die zusätzliche, durch den Bau der A 33 hervorgerufene hydraulische und qualitative Belastung des vorhandenen Gewässer- und Grabensystems kompensieren. Angesichts der bestehenden hydraulischen Auslastung der Entwässerungssysteme ist vor den Einleitungen eine Drosselung des Oberflächenwassers erforderlich. Diese Drosselung und die vorgegebene Behandlung der Straßenabwässer erfolgen in den Retentionsbodenfiltern und Versickerungsbecken.

	Einwendungsthema/Sachargument	Gegenäußerung
		<p>Die Drosselung des Straßenabflusses, die nach dem Prinzip, „dass nicht mehr Wasser als bisher dem Vorfluter zugeführt werden soll“, bemessen ist, führt zu keiner hydraulischen Mehrbelastung des vorhandenen Gewässersystems.</p> <p>Die Inhaltsstoffe der Straßenabflüsse werden in Absetzbecken, Retentionsbodenfiltern oder aufgrund der Reinigungswirkung der belebten Bodenzone vor Erreichen der Vorflutgewässer zurückgehalten.</p> <p>Aus der Sicht des Vorhabensträgers sind keine Verunreinigungen oder Beeinträchtigungen von (privaten) Flächen durch Oberflächenwasser der A33-Nord zu erwarten.</p>
67.	Monitoringkonzept für Nette und Hase	<p>Für die Hase sind bereits im Ist-Zustand die Chloridkonzentrationen größer als 150 mg/l. Zudem sind hier im Winter durch den größeren Abfluss der Hase die Chloridkonzentrationen geringer als im Sommer. Die Erfassung der zusätzlichen Chloridbelastung aus dem Winterdienstzeitraum (rd. 10 mg/l für die chronische und rd.20 mg/l für die akute Belastung) wird bei natürlichen Schwankungen der Chloridkonzentration nur schwer möglich sein (vgl. FB WRRL, Anl. 1, Bild 4.1). Aus diesem Grund wird ein Monitoring für die Hase nicht als notwendig erachtet.</p> <p>Für die Nette werden für die chronische Belastung Überschreitungen des Schwellenwertes von 150 mg/l berechnet, der Schwellenwert der OGewV für den Jahresmittelwert von 200 mg/l bleibt jedoch unterschritten. Aufgrund der konservativen Randbedingungen bei der Berechnung und der Tatsache, dass die meisten Einleitungen nicht direkt in die Nette, sondern über Nebengewässer erfolgen, wodurch eine weitere Verdünnung zu erwarten ist, wird voraussichtlich die gemessene Konzentrationserhöhung wesentlich geringer als die berechnete sein. Vor diesem Hintergrund ist die Notwendigkeit eines Monitorings in Frage zu stellen. Falls ein Chlorid-Monitoring für die Nette durchgeführt werden soll, wird vorgeschlagen, statt einer Probenahme und nachfolgender Chloridanalyse kontinuierlich die elektrische Leitfähigkeit zu erfassen. Die Korrelation der elektrischen Leitfähigkeit mit der Chloridkonzentration kann dabei über wenige Probenahmen bestimmt werden.</p>
68.	Anmerkungen zur Chloridkonzentration im Wasserkörper „Hase Mittellauf bis Mittellandkanal (WK-Nr. 02008)“	<p>Die Untersuchungen nach Halle & Müller sind bekannt. Maßgeblich für die Prüfung des Verschlechterungsverbot sind jedoch z.Zt. die Schwellenwerte der OGewV. Für die FFH-Verträglichkeitsprüfung werden nach einem FGSV-Hinweispapier (Entwurf, FGSV 2024) für Gewässer mit den LRT 3260, 3270, 3220 und 3230 die Schwellenwerte von Halle & Müller vorgeschlagenen. Vorliegend handelt es sich nicht um FFH-Gewässer.</p> <p>Die Berechnungen zur Chloridbelastung der Hase sind unter konservativen Randbedingungen durchgeführt worden. Für die Berechnung der Chlorid-Spitzenbelastung der Hase wird nach dem Entwurf des Hinweispapiers der FGSV (FGSV 2024) von einer akuten Belastung (Betrachtung 3-Tages Zeitraum) und einer chronischen Belastung (Betrachtung 30-Tages Zeitraum) ausgegangen. Für eine Verminderung der Chlorid-Spitzenkonzentration müssten die Becken den Niederschlagsabfluss über einen Zeitraum von 30 Tagen bzw. 3 Tagen stark gedrosselt in den OWK abgeben. Derart geringe Drosselleistungen sind für Retentionsbodenfilteranlagen nicht umsetzbar und auch für sehr groß dimensionierte Regenrückhaltebecken absolut unüblich.</p> <p>Die verwendeten Ausgangsbelastung für die Ermittlung der Chlorid-Spitzenkonzentration sind konservativ angesetzt. Im Winter sind durch den größeren Abfluss der Hase die Chloridkonzentrationen geringer als im Sommer (vgl. Bild 4.1, FB WRRL, Anl. 1). Der Mittelwert der Wintermonate (November bis März) beträgt 132 mg/l. Angesetzt wurde der Jahresmittelwert von 164,5 mg/l zzgl. der mittleren Erhöhung durch die Chlorodeinträge über den Grundwasserzustrom.</p> <p>Eine Erhebung von Messdaten für alle Parameter ist nach dem M WRRL (FGSV 2021) nur dann notwendig, wenn es sich um entscheidungsrelevante Messdaten handelt. Im FB WRRL wurde nachgewiesen, dass die rechnerische Konzentrationserhöhung durch die Einleitung von behandelten Straßenabflüssen für einige Parameter so gering ist, dass die Konzentrationserhöhung nicht messbar ist und somit keine Verschlechterung des chemischen Gewässerzustands auslösen kann. Aus diesem Grund wurde für diese Parameter von der Erhebung von Messdaten abgesehen.</p>
69.	Keine Worst-Case-Betrachtung zur Chloridkonzentration in den Wasserkörpern „Belmer Bach“ (WK-Nr. 02003), „Laake“ (WK-Nr. 02009), „Ahrensbach“ (WK-Nr. 02078)	Eine Chlorid-Spitzenlastberechnung wird nach dem FGSV-Hinweispapier (Entwurf, FGSV 2024) nur für FFH-Gewässer durchgeführt. In der Besprechung vom 09.05.2023 wurde zusätzlich lediglich für die Hase und die Nette einer Betrachtung der Chlorid-Spitzenlastberechnung abgestimmt.
70.	Mögliche Überschreitung des Cyanid-Grenzwertes	In Anlage 6 der OGewV ist der Parameter Cyanid enthalten Die hier zusätzlich angegebene CAS Nr. 57-12-5 weist darauf hin, dass hier das hochgiftige Cyanid Anion CN- gemeint ist. Im Tausalz ist jedoch nur die stabile Komplexverbindung Ferrocyanid (Fe(CN) ₆) enthalten, aus dem die toxischen Cyanid-Ionen unter natürlichen Bedingungen kaum freigesetzt werden können. Aus diesem Grund ist der Parameter Cyanid nach dem Merkblatt WRRL (FGSV 2021) nicht zu berücksichtigen.
71.	Überschreitung der ZHK-UQN für die relevanten Parameter nach Anlage 8 der OGewV	Durch die Behandlung der Straßenabflüsse in Retentionsbodenfilteranlagen kann auch eine Überschreitung der ZHK-UQN für die relevanten Parameter nach Anlage 8 der OGewV ausgeschlossen werden, da die Ablaufwerte der Bodenfilteranlagen kleiner als die entsprechenden ZHK-UQN sind.
72.	Betrachtung stofflicher Relevanz auf Basis der neuen technischen Regeln nach DWA-A102 erforderlich	Da bei der Planung von Retentionsbodenfiltern als Behandlungsanlagen mit dem höchsten technisch erreichbaren Wirkungsgrad die Vorgaben der REwS ausnahmslos eingehalten werden, kann die Betrachtung der stofflichen Relevanz auf Basis der DWA-A 102 nur zu dem Ergebnis kommen, dass alle Grenz- und Regelwerte eingehalten werden. Insofern ist der Nachweis gemäß DWA-A 102 redundant und nicht zwingend erforderlich.
73.	Verschlechterungsverbot und Verbesserungsgebot zu prüfen auf Grundlage der „Arbeitshilfe zur Berücksichtigung der Bewirtschaftungsziele für Oberflächengewässer im Rahmen von Zulassungsverfahren“	Auf Grundlage der vorgelegten Unterlagen kann kein Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot und das Verbesserungsgebot in Bezug auf die Immissionsbetrachtung zu den betriebsbedingten Einleitungen von Straßenabflüsse prognostiziert werden.
74.	Gefährdung der Trinkwasserversorgung	<p>Auf diesen Belang wurde bereits im Rahmen der vorherigen Stellungnahme eingegangen.</p> <p>Durch die geplante A 33 wird im Wasserschutzgebiet Belm-Nettetal eine Fläche von rd. 5,2 h versiegelt, sodass dort keine Grundwasserneubildung mehr möglich ist. Das auf der A 33 anfallende Wasser wird in Rohrleitungen gesammelt und aus dem Wasserschutzgebiet herausgeführt. Dies führt zu einer Verringerung des</p>

	Einwendungsthema/Sachargument	Gegenäußerung
		<p>Grundwasserdargebotes von 7.800 m³/a. Das entspricht rd. 0,8 % des insgesamt verfügbaren Grundwasserdargebotes von rd. 930.000 m³/a. Für die Versorgungsbrunnen Powe, Icker und Gattberg verbleibt ein ausreichend großes Grundwasserdargebot. Die wasserrechtliche Bewilligung ermöglicht eine Jahresentnahme von 900.000 m³.</p> <p>Soweit die A 33 im Streckenverlauf das Wasserschutzgebiet quert (Zone II, Bau-km 47+550 – Bau-km 48+500), werden bautechnische Maßnahmen gemäß RiStWag vorgesehen (vgl. Unterlage 20.1). Die möglichen Auswirkungen durch havarierte Gefahrstofftransporte werden somit unter die Gefahrenschwelle gesenkt. Im Bereich der Wasserschutzzone III (Bau-km 45+700 – Bau-km 47+550) wird gemäß Baugrundgutachten das Schutzpotenzial der Grundwasserüberdeckung als groß im Sinne der RiStWag beurteilt. Bei der Ableitung des Oberflächenwassers sind daher nach geltendem Regelwerk keine weitergehenden Entwässerungsmaßnahmen erforderlich. Beeinträchtigungen des Trinkwasserschutzgebiets sind damit nicht zu erwarten. Unter Berücksichtigung des angewandten Wasseraufbereitungsverfahrens (Verdünnung mit geringer belastetem Wasser) werden auch die Vorgaben der Trinkwasserrichtlinie eingehalten.</p>
75.	11. Archäologie	
76.	Weitere archäologische Fundstellen kürzlich erkannt	<p>Die Daten wurden mittlerweile vom Stadt- und Kreisarchäologen am 19.03.2025 zur Verfügung gestellt. Es handelt sich ausschließlich um archäologische Fundstellen, welche hinsichtlich ihrer Planungsrelevanz als „normale Fundstellen“ eingestuft sind. Danach zeigt sich insbesondere in der südlichen Bauhälfte eine dichte Fundstellenkonzentration. Beim Bau der Trasse sind weitere Funde nicht ausgeschlossen, weshalb der Vorhabenträger baubegleitend eine archäologische Prospektion zusichert.</p> <p>Weder das NDSchG noch das Abwägungsgebot verlangen eine flächendeckende archäologische Prospektion im Vorfeld der Planfeststellung; vielmehr ist für die Frage der Planfeststellungsfähigkeit nur konkreten Anhaltspunkten für vorhandene Bodendenkmäler nachzugehen. Schon mit Blick auf den damit verbundenen Aufwand, einschließlich der Kosten, und den Eingriff in fremdes Grundeigentum kann eine flächendeckende Untersuchung nicht gefordert werden. Anderes ergibt sich auch nicht aus § 16a FStrG, der archäologische Untersuchungen ausdrücklich als vorbereitende Maßnahmen nennt; denn § 16a FStrG betrifft nicht nur die Planungsphase, sondern auch die Ausführungsplanung. Obgleich die Eingriffsintensität archäologischer Untersuchungen vergleichsweise gering ausfällt, muss die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden. Daher ist es sachgerecht, weitergehende Untersuchungen der Ausführungsphase zu überlassen.</p>
77.	Entdeckung Wall, der weitestgehend überbaut wird	<p>Der Vorhabenträger sichert baubegleitend eine archäologische Prospektion zu.</p> <p>Der beschriebene Grenzwall wird zwischen Bau-km 40+300 und Bau-km 41+000 von der Trasse überbaut. Die Trassenführung ist hier durch verschiedene Zwangspunkte wie dem Anschluss an die A1 und die zur Minimierung von Beeinträchtigungen im FFH-Gebiet optimierte Trassenführung festgelegt, sodass eine Vermeidung der Inanspruchnahme des Grenzwalls nicht möglich ist. Daher ist aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses eine Genehmigung für die Inanspruchnahme des Bodendenkmals erforderlich und gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 2 NDSchG möglich.</p>
78.	12. Landschaftspflegerischer Begleitplan	
79.	Baustelleneinrichtungsflächen kartografisch nachvollziehbar darstellen	Soweit möglich wurden die genannten Anforderungen berücksichtigt. Die Baufeldgrenze, welche die Baustelleneinrichtungsflächen beinhaltet, ist sowohl in den Bestands- und Konfliktplänen Unterlage 19.1.3 als auch in den Maßnahmenplänen Unterlage 9.3 dargestellt.
80.	Renaturierung des Gewässers „Ruller Flut“ (Unterlage 18_5_WRRL	Zur Kenntnis genommen.
81.	Betroffenheit als geschützte Landschaftsbestandteile geltende Wallhecken	Für diese Betroffenheit ist eine Befreiung nach § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG zu erteilen.
82.	13. Landwirtschaftliche Belange	Auf den Einwand der Betroffenheit landwirtschaftlicher Betriebe und privater Grundstückseigentümer wurde bereits im Rahmen der ersten Auslegung eingegangen. Es wird insoweit auf die frühere Stellungnahme verwiesen.
	Durchführung einer Unternehmensflurbereinigung	Wie zuvor bereits dargestellt, stellt das Flurbereinigungsverfahren ein eigenständiges Verfahren dar, in dem die jeweiligen Voraussetzungen geprüft werden. Es kann durch die Planfeststellung weder beantragt, eingeleitet noch angeordnet werden. Daher bleibt es unbenommen, im Zuge oder im Nachgang der Planfeststellung ein entsprechendes Unternehmensflurbereinigungsverfahren zu beantragen und auf diese Weise zu einer Grundstücksneuordnung zu gelangen.
	14. Sonstiges	
84.	Erforderliche Befreiungen und Ausnahmen	Möglicherweise erforderliche Befreiungen werden im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses erteilt.
85.	Eisenbahnrechtliche Belange	Zur Kenntnis genommen
86.	Belange bzgl. Versorgungsleitungen	Zur Kenntnis genommen
87.	Umfahrung des Versickerungsbeckens enthält im Schutzstreifen der 110-kV-Hochspannungsleitung	Die angegebene Höhe wurde erneut überprüft und wird bestätigt.

	Einwendungsthema/Sachargument	Gegenäußerung
	Baumstraße – Lüstringen, Bl. 1273 (Maste 19 bis 26) eine Höhe von maximal 92,48m über NN.	
88.	Widerspruch gegen Ersetzen des Walls im Kreuzungsbereich mit der Ferngasleitung durch eine Lärmschutzwand auf Torsionsbalken	Die Lage von aktiven Lärmschutzmaßnahmen richtet sich nach den Emissionswerten und ist damit physikalisch festgelegt. Lärmschutzwälle müssen wegen des Gebots der wirtschaftlichen Mittelverwendung bevorzugt eingesetzt werden.
89.	Fehlende Berücksichtigung der Planungshoheit der Gemeinden	Auf diesen Belang wurde bereits im Rahmen der vorherigen Stellungnahme eingegangen. Die Einwendung bleibt weiterhin unsubstantiiert; sie erschöpft sich in bloßen Wiederholungen. Es wird nach wie vor nicht dargelegt, konkret welche Planungsabsicht in welcher Weise beeinträchtigt sein soll. Insbesondere erschließt sich die Beeinträchtigung von Gewerbegebieten durch Straßenverkehrslärm nicht. Gewerbegebiete weisen keinen erhöhten Schutzanspruch auf. Im Übrigen werden die maßgeblichen Immissionsgrenzwerte eingehalten. Auch kann nicht die Rede davon sein, dass die Gemeinde durch das Straßenbauvorhaben gleichsam „abgeriegelt“ wird, sodass keine Siedlungs-Entwicklung mehr möglich wäre.
90.	Zerschneidung von Wegbeziehungen	Auf diesen Belang wurde bereits im Rahmen der vorherigen Stellungnahme eingegangen.
91.	Fehlende Berücksichtigung finanzieller Auswirkungen des Vorhabens	Auf diesen Belang wurde bereits im Rahmen der vorherigen Stellungnahme eingegangen.
92.	Bedenken bzgl. Überplanung von Rohstoffsicherungsgebieten	Zur Kenntnis genommen; dies wird im Rahmen der Abwägung Berücksichtigung finden.
93.	Sollte es im Zuge der Baumaßnahmen zu einem Verlust von „Festpunkte“ kommen, ist eine entsprechende Mitteilung an die folgende Mailadresse erforderlich: festpunkte@lgl.niedersachsen.de:	Von der Straßenbaumaßnahme betroffene Festpunkte werden in gleicher Bauweise wie im Bestand wiederhergestellt und angeschlossen. Hierzu erfolgt im Rahmen der Beweissicherung, die von einem öffentlich bestellten Gutachter vor Beginn der Baumaßnahme durchgeführt wird, eine Bestandsaufnahme.
94.	Im Baufeld können noch nicht detonierte Kampfmittel aus dem 2. Weltkrieg enthalten sein. Eine Kriegsluftbildauswertung kann beim KBD beauftragt werden.	Zur Kenntnis genommen.